Dortmunder Tageblatt

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzl. Feiertage.

Abonnementspreis
ins Haus, 85 Pfg. pro Monat, durch die Post bezogen für 3 Monate 2,40 Mk. Postscheckkonto Amt Köln Nr. 227 29.

Redaktionsdruck und Verlag, sowie für die Inserate verantwortlich: Viktor Schanzer, Dortmund.

verbunden mit dem
Lokal-Anzeiger für Dortmund u. Hörde.
Mit Bekanntmachungen der städtischen und Militär-, sowie anderer Behörden.

Expedition: Dortmund, Prinzenstraße 9—11. — Fernsprech-Anschluß Nr. 160.

Inserate
die 8 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfg und 10% Teuerungs-Zuschlag.
Reklamen
die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg.
Bei zwangsweiser Beitreibung der Insertionsgebühren durch Klage od. Konkursverfahren wird der bewilligte Rabatt hinfällig.
Erfüllungsort Dortmund
Für Aufnahme von Inseraten an bestimmt vorgeschriebenen Tagen und Plätzen übernehmen wir keine Garantie.
Für die Redaktion verantwortlich:
Max Sonnemann, Dortmund.

Nr. 217. Erstes Blatt Dortmund, Samstag, den 15. September 1917. 34. Jahrg.

Badenser stürmten am Damenwege.

Ueber 300 Franzosen gefangen. — v. Bülow besiegte seinen 20. Gegner.

Das Allerneueste.

Neue Taten unserer U-Boote.

WTB. **Berlin**, 14. Sept. Amtlich. Im Sperrgebiet um England wurde wiederum eine größere Anzahl Handelsschiffe und einige Fischerfahrzeuge von insgesamt 22 000 BRT. durch die Tätigkeit unserer U-Boote vernichtet.

Darunter der belgische bewaffnete Dampfer Elisabethville (7017 T.) mit Oel in Fässern von Kongo nach Falmouth, ein französischer Segler mit Kohlen nach Nantes, ein Dampfer mit Erdnüssen von Dakar nach Dünkirchen, ein unbekannter beladener in Sicherung fahrender Dampfer. Ferner der belgische Fischkutter Unity und Rosary.

Von einem der U-Boote wurde am 5. 9. im Nachtangriff in der Nähe der englischen Ostküste ein Kriegsfahrzeug vom Aussehen des Torpedokanonenbootes Halcyon torpediert. Die Detonation des Torpedos wurde einwandfrei beobachtet. Ein anderes U-Boot erzielte am 9. 9. im Aermel-Kanal einen Torpedotreffer auf einen kleinen Kreuzer der Arabic-Klasse. Durch eine unmittelbar auf den Treffer erfolgte Munitionsexplosion wurde das Achterschiff des Kreuzers dicht hinter dem Großmast vollständig abgerissen. Das Sinken der beiden Schiffe konnte von den beteiligten U-Booten nicht beobachtet werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Selbstmord des Befehlshabers der Truppen Kornilows.

WTB. **Petersburg**, 15. Sept. Der Befehlshaber der Truppen Kornilows General Krimoff ist in Petersburg eingetroffen, nachdem er die Truppen aufgefordert hatte, die Waffen zu strecken und sich der Regierung zu unterwerfen. Er wurde von Kerenski empfangen. Dann ist er in seine Wohnung zurückgekehrt und hat dort Selbstmord begangen, indem er sich durch einen Revolverschuß tötete.

Gutschkow wieder freigelassen.

WTB. **Petersburg**, 15. Sept. PTA. Der ehemalige Kriegsminister Gutschkow und der Mitarbeiter der Nowoje Wremja, die unter der Anschuldigung der Rebellion verhaftet worden waren, sind freigelassen worden.

Bis 2 Uhr nachts war das neue Ministerium noch nicht gebildet, man erwartet aber, daß es morgen geschehe und zwar auf der Grundlage der Koalition. Die Mehrheit der bisherigen Minister auf der Kadettenpartei hat die Teilnahme an der Kabinettbildung abgelehnt. Nur Kartoschow bleibt Kultusminister. Die Weigerung ihrer übrigen bisherigen Minister wird die Partei an der Teilnahme nicht hindern.

Bulgarischer Bericht.

WTB. **Sofia**, 14. Sept. Amtlicher Bericht. Mazedonische Front: Schwaches Störungsfeuer auf der gesamten Front. Eine englische Erkundungsabteilung, die westlich des Doiran-Sees beim Dorfe Kretschteli vorzudringen versuchte, wurde durch unser Feuer zerstreut.

Ein feindliches Schiff beschoß vom Golf von Orfano unsere Stellungen an der Strumamündung.

Flugtätigkeit auf verschiedenen Abschnitten der Front.

Rumänische Front: bei Mahmudia und Tulcea Artilleriefeuer.

Der türkische Bericht.

WTB. **Konstantinopel**, 15. Sept. Amtlicher Bericht: Dialafront: Bei Schereiben und gegenüber Bell übbas feindliche Aufklärungstätigkeit. Am 12. Sept. mußte ein feindliches Flugzeug nordwestlich von Kl Rebat notlanden. Das Flugzeug verbrannte. Ein Maschinengewehr wurde von uns erbeutet. Oestlich Sumeimanie wurden kleinere Angriffsversuche der Russen östlich der Garan-Brücke abgewiesen.

Smyrna wurde wieder von feindlichen Flugzeugen angegriffen. 2 Personen wurden verwundet, 4 Privathäuser und ein Laden zerstört.

Die feindlichen Berichte.

WTB. Italienischer Bericht vom 14. Sept. An der gesamten Front schränkte Platzregen die Gefechtstätigkeit bedeutend ein.

WTB. Englischer Bericht vom 14. Sept. Es ist nichts zu melden.

WTB. Französischer Bericht vom 14. Sept. nachmittags. An der Front nördlich der Aisne führten die Deutschen bei Tagesgrauen einen Handstreich gegen unsere Stellungen auf der Hochfläche von Casemattes, dem sie ein heftiges Artilleriefeuer vorangehen ließen. Nach einem Handgemenge wurde der Feind, der ernste Verluste erlitten hatte, in seine Linien zurückgeworfen. In der Champagne drangen wir im Verlaufe einer Einzelunternehmung in die deutschen Schützengräben westlich von Navarin und machten Gefangene. Auf beiden Ufern der Maas die gewohnte Tätigkeit der Artillerien. Von der übrigen Front ist nichts zu melden. —

Wirkung der russischen Reise auf allen Fronten.

WTB. **Bern**, 15. Sept. Der Temps schreibt in einem Leitartikel, es sei zur Genüge ersichtlich, daß die russische Krise ihre Wirkung auf alle Fronten ausübe. Die Westfront sei zwar unverletzlich, aber es sei für die Politik Frankreichs und Englands nicht gleichgültig, ob der Feind zurückweichen müsse, oder ob er vorzurücken versuche. Selbst für die Vereinigten Staaten seien die Perspektiven verschoben, je nachdem die amerikanischen Truppen die Rolle des ausschlaggebenden Gewichts oder nur die eines gegengewichts für deutsche Verstärkungen spielen könnten. Der russische innere Zusammenbruch habe das militärische Gleichgewicht vernichtet und den politischen Ausblick des ganzen Konfliktes verändert. Man könne sagen; daß die Bedeutung der Politik in direktem Verhältnis zur Abnutzung der Kriegsführung steige.

Hoffnung auf den Sieg Kerenskis.

T. U. **Budapest**, 15. Sept. In Stockholm werden die Verhandlungen der holländisch-skandinavischen Kommission mit den russischen Delegierten fortgesetzt. Zwar erschweren die Zustände in Rußland den Gang der Beratungen außerordentlich. Die Konferenzdelegierten erhoffen aber dennoch den baldigen völligen Sieg Kerenskis. Der Delegierte Ehrlich erklärte, jetzt würden sich die Vorteile der Demokratisierung in der Armee offenbaren.

Lieber in Deutschland arbeiten, als in Belgien hungern.

F. Z. **Haag**, 15. Sept. Der im Haag erscheinende Sozialist belge teilt mit, daß im Laufe der nächsten Woche etwa 5000 belgische Arbeiter nach Deutschland gehen, da sie es vorziehen in Deutschland zu arbeiten, anstatt in Belgien hunger zu leiden. Der „Sozialist belge" macht für die vollständig ungenügende Ernährung in Belgien, namentlich der Arbeiterklasse, die Fahrlässigkeit und Nachlässigkeit der belgischen Regierung in Le Havre verantwortlich und ebenso das skandalöse Treiben der Wucherer, die unerhörte Gewinne erzielen.

Die Vertagung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

bb. **Budapest**, 15. Sept. Nachdem das Abgeordnetenhaus in der Donnerstagsitzung die Debatte über das Regierungsprogramm beendet hatte, hielt das Haus gestern nur noch eine formelle Sitzung ab, worauf es sich bis Mitte Oktober vertagte.

Die sagenhafte Stockholmer Konferenz.

bb. **Stockholm**, 15. Sept. Das holländisch-skandinavische Komitee bereitet einen Fragebogen vor, der allen sozialdemokratischen Organisationen zugehen und glaubt jetzt, daß die Stockholmer Konferenz vom 15. bis zum 1. November beantwortet werden soll. Man November einberufen werden soll. Das Zustandekommen der Konferenz gilt als unbedingt sicher.?

Der polnische Regentschaftsrat.

bb. **Berlin**, 15. Sept. Die Persönlichkeiten, die den polnischen Regentschaftsrat bilden werden, sind noch nicht endgültig bestimmt. Die deutsche und die österreichische Regierung werden sich zunächst über die Zuverlässigkeit ihrer Kandidaten unterrichten und von diesen bindende Erklärungen einholen. Als Kandidaten werden schon seit einiger Zeit der Erzbischof von Warschau, Kakowski, und der Bürgermeister von Warschau, Fürst Lubomirski, genannt. Von diesen beiden nimmt man an, daß sie auf dem Boden der Novemberkundgebung stehen, so daß ihre Berufung in den Regentschaftsrat als sicher angesehen werden kann. Ungewiß ist, wer das dritte Mitglied des Regentschaftsrats werden wird. Der erweiterte Staatsrat wird aus etwa 100 Personen bestehen, die sowohl den Mittelmächten genehm sind, wie auch auf Grund der Kundgebung vom 5. November 1916 die neue polnische Politik anerkennen.

Bericht der obersten Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Sept. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front steigerte sich abends wieder die Kampftätigkeit der Artillerien.

Dem Trommelfeuer am 14. 9. vormittags folgte bei St. Julien ein englischer Teilangriff, der im Gegenstoß zum Scheitern gebracht wurde. Eine Anzahl Engländer wurde gefangen einbehalten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Winterberg bei Craonne holten Stoßtrupps eines badischen Regiments bei einer Erkundung Gefangene aus französischen Gräben.

An der Straße Somme-Py-Souain brachen die Franzosen zweimal ohne Feuervorbereitung gegen unsere Stellungen vor. Eingedrungener Feind wurde durch Gegenangriff der Bereitschaften sofort geworfen. Gefangene blieben in unserer Hand.

Auf dem Ost-Ufer der Maas stürmten nach kurzer Feuerwirkung Teile einer kampfbewährten badischen Division die Höhen östlich des Chemin-des-Dames. Der Feind leistete zähen Widerstand, der im Nahkampf gebrochen wurde. Ueber 300 Franzosen wurden gefangen. Die blutigen Verluste erhöhten sich noch durch ergebnislose Gegenangriffe.

Leutnant Bülow schoß den 20. Gegner im Luftkampf ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei geringer Gefechtstätigkeit blieb die Lage unverändert.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Abendbericht.

WTB. **Berlin**, 14. Sept. Amtlich. Abends. Lebhafte Artilleriekämpfe nur in einigen Abschnitten der Nordostfront von Verdun.

Der österreichisch-ungarische Bericht

WTB. **Wien**, 15. Sept. Amtlich wird verlautbart vom 14. September mittags:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Nordhange des Monte San Gabriele wurden drei starke Angriffe der Italiener abgeschlagen.

Sonst über keine Front Besonderes zu melden.

Der Chef des Generalstabes.

Die Lage im Westen.

Die Kriegslage.

WTB. **Berlin**, 14. Sept. Gegenüber der englischen Front entfalteten die Deutschen in der Nacht vom 12. zum 13. September, sowie am 13. September eine erfolgreiche rege Patrouillentätigkeit. Bei dem nächtlichen deutschen Vorstoß nördlich von Langemarck wurde das von den Engländern besetzte Waldstück gesäubert und außerdem zahlreiche Gefangene, ein Maschinengewehr eingebracht. Die Engländer steigerten im Ypernbogen mehrfach die Artillerietätigkeit am Abend des 13. sowie am Morgen des 14. September. Die deutsche Artillerie antwortete mit gutem Erfolg. Zahlreiche englische Anlagen wurden zerstört und eine große Anzahl von Explosionen beobachtet. Ein englischer Fesselballon wurde durch deutsches Artilleriefeuer brennend abgeschossen. Zu englischen Infanterieangriffen kam es an keiner Stelle der Front. Auch im Artois und in der Gegend von St. Quentin hatten die Deutschen in Vorfeldkämpfen überall die Ueberhand. Südlich Nieucourt und östlich Fricourt wurden Gefangene eingebracht.

Die Franzosen verhalten sich weiter ruhig. Sie zeigten wohl am Abend des 12. September auf dem östlichen Maasufer in Gegend des Chaumewaldes Angriffsabsichten. In dem vereitelnd einsetzenden deutschen Zerstörungsfeuer wurden die beabsichtigten Angriffe jedoch im Keime blutig erstickt.

Im Osten versuchten die Russen an der Riaaer Front nördlich der Aa bei Engelhardshof einen Angriff, der glatt abgewiesen wurde. Ebenso wurde am Dünez ein russisches Stoßtruppunternehmen bei Kabreab zurückgeschlagen.

Die schlechte Führung.

WTB. **Berlin**, 14. Sept. Französische Gefangene des Infanterieregiments 190, die am 6. September bei Gaucho in deutsche Hände fielen, erzählen, daß der Angriff am 29. Juli auf die deutschen Gräben nicht vorwärts kam, infolge der mangelhaften Befehlsübermittelung und des schlechten Beispiels, das die Führer aller Grade den Leuten gaben. Der Angriff geriet ins Stocken und eine große Unordnung riß ein. Aus ihrer Abneigung gegen die Engländer, die allein schuld an der Weiterführung des Krieges wären, machen sie, wie alle Franzosen, kein Hehl. In Rouen sollen die Engländer allmählich die Belgier zu verdrängen suchen, was ein sehr gespanntes Verhältnis zwischen den Angehörigen beider Nationen hervorgerufen habe. Immer wieder kam es in der Stadt zu den unliebsamsten und heftigsten Auftritten.

Die neue französische Skandalaffäre.

⊙ **Zürich**, 14. Sept. Nach Pariser Berichten beschäftigt sich die dortige Presse mit einer neuen Angelegenheit, in deren Mittelpunkt die Bekanntgabe der Verhandlungen der ersten Geheimsitzung vom Juni steht. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß dem radikal-sozialistischen Abgeordneten Turmel vorgeworfen wird, er habe Aufzeichnungen über diese Sitzung in der Schweiz verkauft, und er habe so Verrat an Frankreich begangen. Turmel erhebt gegen diese Anklage den schärfsten Widerspruch und erklärt, der gegen ihn geführte Feldzug habe keinen Grund in politischen Ursachen. Der Kammerpräsident Deschanel hat, sobald die Anklage gegen Turmel bekannt wurde, den Ministerpräsidenten und den Siegelbewahrer davon benachrichtigt. Die Pariser Zeitungen hatten schon seit einiger Zeit Andeutungen gebracht, daß gegen ein Mitglied der Kammer eine Verfolgung im Gange sei, waren aber durch die Zensur an näheren Mitteilungen behindert. Nunmehr erklären sie, kurz nach der ersten Geheimsitzung sei in der Garderobe Turmels außer einer Summe von 25 000 Franken in schweizerischen Banknoten eine Korrespondenz aufgefunden worden, worin angeblich von einer Summe von 200 000 Franken die Rede war, die Turmel als Preis für geleistete Dienste fordere. Turmel wurde von Deschanel nach Paris gebeten. Im Verlaufe seiner Unterredung mit Deschanel hat er erklärt, daß die aufgefundenen Banknoten, die er zurückfordere, das Honorar für juristische Konsultationen französisch-schweizerische Firmen darstellten. Er habe nie in die Schweiz geschrieben, um auf eine größere Summe einen Vorschuß zu erhalten. Die Unterredung mit Deschanel hat nach diesen Berichten erst gestern stattgefunden, während die angeblich für Turmel belastenden Tatsachen ebenfalls nach diesen Berichten schon Ende Juni festgestellt wurden.

Generalstreik in Portugal.

WTB. **Amsterdam**, den 15. September. „Alaemeen Handelsblad" meldet nach der „Daily Mail" aus Madrid, daß in Portugal ein allgemeiner Ausstand begonnen hat, der alle Betriebe, auch Banken und Bauernwirtschaften, umfaßt. Es erscheint keine Zeitung. Der Belagerungszustand wurde verhängt.

T. U. **Genf**, 15. September. „Information" meldet aus Mailand: Die Lage in Portugal ist außerordentlich ernst. Der Generalstreik ist ausgebrochen. Der Handel steht still, alle Geschäfte sind geschlossen. Die Straßenbahnen verkehren nicht mehr. Auch die Eisenbahner drohen, in den Ausstand zu treten.

Der verschärfte U-Bootkrieg.

Vom 1. Januar bis Ende August 226 Geschütze versenkt.

WTB. **Berlin**, 14. Sept. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1917 wurden im Mittelmeer mit den von unseren U-Booten versenkten bewaffneten Dampfern insgesamt nicht weniger als 226 Geschütze versenkt, nicht einzurechnet sind in diese Zahl die Geschütze, die sich auf versenkten Kriegsschiffen befanden, sowie solche an Bord von bewaffneten Schiffen, die durch Auflaufen auf Minen untergegangen sind. Unter den Geschützen befanden sich drei zu 12 Zentimeter, je eins zu 11,8 Zentimeter, 10,5 Zentimeter, 9 Zentimeter, 5,7 Zentimeter und 5 Zentimeter; zwei zu 10,2 Zentimeter, fünf zu 10 Zentimeter, 42 zu 7,6 Zentimeter und 169 unbekannten Kalibers.

Die englischen Schiffskäufe.

TdA. **Berlin**, 14. Sept. Fair Play (London) übt in der „Wochenschau" Kritik an den Schiffsankäufen Englands außerhalb des Heimatlandes und schreibt: Zwar sind wir selbst durch die Ankäufe etwas besser daran, als wenn wir auf unseren eigenen Schiffsbau allein angewiesen wären, aber durch die Ankäufe steckt England einen beträchtlichen Kampffonds in die Taschen der zukünftigen Konkurrenten. Wir sind aber durch die Ankäufe nicht im geringsten besser oder Deutschland im geringsten schlechter daran, da die gesamten Schiffahrtsverluste so groß sind, daß der Weltschiffsraum nicht ausreicht, den ganzen Bedarf zu decken. Der Ankauf von 830 000 Tonnen hat die Welttransportfähigkeit, die allein in Betracht kommt, nicht um den Wert eines einzigen Pfennigs erhöht. Hinsichtlich der 830 000 Tonnen hat lediglich ein Wechsel im Eigentum, aber sonst nichts, stattgefunden.

Friedensbestrebungen.

Zur Friedensfrage.

WTB. **Wien**, 14. Sept. In mehreren reichsdeutschen Blättern sind in den letzten Tagen Meldungen von einem angeblichen Friedensangebot Englands an Deutschland aufgetaucht. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" stellten die Gerüchte dahin richtig, daß ein solches englisches Angebot nicht in Berlin, wohl aber in Wien erfolgt sei. Wie die Blätter von maßgebender Seite erfahren, entsprechen die Meldungen durchwegs nicht den Tatsachen und müssen als jeder Begründung entbehrend bezeichnet werden.

TU. **Haag**, 14. Sept. Der Korrespondent der „Tijd" sprach mit einem der neu ernannten Minister in Wien. Der Minister erklärte die Note des Papstes für eine Grundlage zu Friedensverhandlungen und bestätigte, daß von deutscher und österreichischer Seite keinerlei Einfluß auf die Auffassung der päpstlichen Note ausgeübt wurde. Der Minister sagte dann, er glaube, daß über den Frieden noch in diesem Jahre verhandelt wird. Leider werde noch viel Blut fließen, aber dennoch werde das Ende noch viel schneller kommen, als viele Leute auch hier denken.

Die englischen Frauen für den Frieden.

WTB. **Bern**, 15. September. Die vom Internationalen Frauenbund zum 8. September nach Manchester einberufene Massenversammlung wurde von der Polizei aufgelöst. Einer Zuschrift an den „Manchester Guardian" zufolge lautete die der Versammlung vorgelegte Entschließung wie folgt: „Die Versammlung ermahnt das Volk, dieses Land sowohl wie die Demokratien aller Nationen von ihren Regierungen sofortige Verhandlungen für den Frieden auf der russischen Grundlage „keine Annexionen, keine Entschädigungen" zu verlangen." Aehnliche Frauenversammlungen haben kürzlich in Leeds, York, Birmingham, Glasgow und anderen Städten stattgefunden. Bei einer Versammlung in Bradford am 9. September kam es zu einer Schlägerei. Die Hauptsprecherin, Frau Snowden, wurde, als sie empfahl, Deutschland die versöhnende Hand zu reichen, verhöhnt. Eine von anderer Seite am 9. September in London veranstaltete Friedensversammlung wurde von entlassenen Soldaten gewaltsam gestört.

Die Lage im Osten.

Der Sieg Kerenskis.

WTB. Kopenhagen, 14. Sept. Der „Berlingske Tidende" meldet über Haparanda aus Petersburg, daß der frühere Ministerpräsident Lwow mit 80 anderen Politikern, die ihm nahestehen, verhaftet worden ist. Von Wyborg wird berichtet, daß dort der Chef des in Finnland liegenden 40. Armeekorps, General Oranowski, sowie der Festungskommandant General Siefenow mit fünf anderen höheren Offizieren verhaftet wurde. Oranowski hatte sich tags zuvor geweigert, den Befehl Kerenskis auszuführen, gegen Kornilow zu marschieren. Als die sieben Offiziere nach der Hauptwache geführt wurden, um von dem Arbeiter- und Soldatenrat verhört zu werden, wurden sie von einer Gruppe Soldaten in die Mitte genommen, nach der Aabrücke geschleppt und ins Wasser geworfen, worauf die Soldaten sie beschossen; alle sieben Offiziere wurden getötet. Am Abend mußte noch ein anderer höherer Offizier, der Chef eines Regiments ist, ihr Schicksal teilen. Zum Nachfolger Oranowskis wurde Hauptmann Jefsanow ernannt.

WTB. Rotterdam, 15. September. „Daily Mail" berichtet aus Petersburg vom Mittwoch: Es scheint, daß Kornilow vollständig isoliert ist und weder auf die Hilfe der Armee noch auf die Sympathien des Volkes rechnen kann. In Regierungskreisen glaubt man, daß der Chef des Generalstabes Luchowski die ganze Sache eingefädelt hat. Luchowski arbeitete früher mit Suchomlinow zusammen und hat reaktionäre Neigungen. Die Eisenbahner haben sofort die Partei der Regierung ergriffen, was wesentlich dazu beigetragen hat, die Ruhe im Lande zu wahren. Die Entscheidung über die militärischen Operationen wird Alexejew überlassen bleiben. Kerenski wird in allen Fragen der Kriegspolitik zu entscheiden haben. Die Aufstellung des neuen Kabinetts ist noch nicht beendet. Kerenski ist für ein Koalitionskabinett, in dem alle Parteien vertreten sind, beabsichtigt aber, wenn die Parteien sich an der Koalition nicht beteiligen wollen, ein sozialistisches Kabinett zu bilden.

WTB. Amsterdam, 15. September. „Algemeen Handelsblad" meldet aus Petersburg vom 13. September: Alexejew hat sofort nach seiner Ernennung Kornilow aufgefordert, sich zu ergeben. Nach den Blättern ist der Kommandant der Kavallerie Kornilows, General Krymow, zur vorläufigen Regierung übergegangen. Die Blätter sagen, daß zwischen den Truppen Kornilows und denen der vorläufigen Regierung kein Gefecht stattgefunden hat, sondern daß sie sich im Gegenteil verbrüderten. In Petersburg wurde eine aus 50 000 gut bewaffneten Mannschaften bestehende Miliz aufgestellt, die dem Sowjet unterstehen.

Die Verbündeten schwenken wieder zu Kerenski über.

(-) Haag, 14. Sept. Alle heute vorliegenden Meldungen über die Vorgänge in Rußland lauten widerspruchsvoll, je nachdem sie von den Korrespondenten der englischen Blätter und den Vertretern des Reuterschen Bureaus oder der Petersburger Telegraphenagentur stammen, die sich, wie wir schon bemerkten, offenbar vollständig in der Hand Kerenskis befindet, so daß es ihm möglich ist, die wirkliche Lage vollständig zu verschleiern. Ob Kornilow also tatsächlich seine Unterwerfung zu günstigen Bedingungen, die von Kerenski verworfen sein soll, angeboten hat, bleibt abzuwarten.

Die Vertreter der verbündeten Mächte in Petersburg, die sich offenbar durch ihr doppelsinniges Spiel bloßgestellt haben, beeilen sich jetzt, zu erklären, daß alle Meldungen, wonach sie im geheimen Kornilow unterstützt hätten oder doch zum mindesten seine Niederwerfung zu verhindern bemüht gewesen wären, unwahr seien. Das entspräche nicht der Haltung der Verbündeten gegenüber der inneren Angelegenheit Rußlands. Die Vertreter aller verbündeten Mächte erinnern an die Note, die der britische Gesandte im Namen aller diplomatischen Vertreter der Verbündeten in Petersburg am Montag dem Minister des Aeußern überreichte. Weiter erklären sie, daß sie unter Vorsitz Buchanans über die Lage beraten hätten, die durch das Zerwürfnis zwischen Kornilow und Kerenski entstanden sei. Sie würden ihrer Pflicht entsprechend auf dem Posten bleiben, um, wenn es erforderlich werden sollte, ihre Landsleute zu schützen. Am Schlusse ihrer Veröffentlichung betonen sie, daß die Einigkeit und das Gleichgewicht unter den verschiedenen Kräften Rußlands wiederhergestellt werden müsse, um den Krieg bis zum siegreichen Ende fortzusetzen. Aus Menschenfreundlichkeit, um nicht wieder gutzumachendes Unheil zu verhüten, hätten sie ihre guten Dienste angeboten, allein den Zweck vor Augen, die Interessen Rußlands und die Sache der Verbündeten zu fördern. (!)

Kerenski und Tereschtschenko zur Lage.

(-) Haag, 14. Sept. Der Vertreter der „United Preß" in Petersburg hatte eine Unterredung mit Tereschtschenko. Dieser sagte ihm, Alexejew habe sich bereit erklärt, als Generalissimus zu fungieren. Dieses sei der einzige Weg, Rußland zu retten. Die jüngste Krisis habe bewiesen, daß weder für eine radikale noch für eine konservative Politik Raum sei. Die Regierung sei zu der Ansicht gekommen, daß allein eine eiserne Faust das Unwesen steuern könne, und diese eiserne Faust rühre sich jetzt und drohe jedem, der der Regierung Steine in den Weg lege, zu zermalmen. Jetzt sei es Zeit, zu kämpfen. Alle anderen Fragen müßten zurückstehen.

Der Korrespondent sprach am Mittwoch um 5 Uhr mit Kerenski, der ihm mitteilte, daß Kornilow seine Unterwerfung angeboten habe. Die Arbeiter- und Soldatenräte, sagte Kerenski, sollten sich in Zukunft nur noch mit innerpolitischen Dingen beschäftigen. Sie sollten keinen Einfluß mehr auf militärische Entschließungen ausüben.

Die gesamte Demokratie gegen Kornilow.

Amsterdam, 14. Sept. Die ausführenden Ausschüsse der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte haben eine Versammlung abgehalten, worin die Verschwörung Kornilows ausführlich besprochen wurde. Ein Mitglied der Versammlung stellte fest, daß die Demokratie in diesen Tagen eine gewaltige Arbeit für das Wohl des Vaterlandes verrichtet habe. Der Arbeitsminister Skobelew erklärte, das Abenteuer Kornilows sei vollständig mißglückt. Das Hauptquartier habe sich übergeben, und binnen kurzem werde die ganze Heeresverwaltung umgestaltet werden. Die Regierung habe in voller Uebereinstimmung mit der revolutionären Demokratie gehandelt und habe denn auch triumphiert. Aber dieser Sieg erlaube der Regierung nicht, nunmehr minder wachsam zu sein, denn die Gegner der Revolution seien am Werke, neue Putsche zu versuchen. Man habe Beweise für die revolutionsfeindliche Wühlarbeit des Kosakenführers General Kaledin. Der Minister schloß mit der Erklärung, man werde dafür sorgen, daß von der neuen Regierung alle Elemente, die mit Kornilow in irgendeiner Weise in Verbindung gestanden hätten, ausgeschlossen blieben. Der Minister des Innern, Awksentiew, behauptete, infolge des Aufstandes Kornilows seien die Fronten drei Tage lang ohne Verteidigungsmittel und ohne Oberkommandos gewesen. Dem General müsse eine sehr schwere Strafe auferlegt werden, und die Regierung werde gegen ihn ohne Erbarmen sein. Die Aufgabe der neuen Regierung werde die sein:

1. Die Gegenrevolutionäre zu bekämpfen und so die Freiheit des Landes zu sichern.

2. Das Vaterland gegen den äußern Feind zu verteidigen. Danach sprach Zeretelli zugunsten eines Koalitionskabinetts, das gute Folgen haben werde, wenn man alle die ausschlösse, die seine Wirksamkeit hemmen könnten. Er richtete dann die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Notwendigkeit, die vierte Reichsduma unverzüglich aufzulösen.

WTB. Petersburg, 14. Sept. Petersburger Telegraphenagentur. Das vollständige Scheitern des Aufstandes Kornilows gegen die einstweilige Regierung hat eine Flut von Beschlüssen, Erklärungen und Entschließungen in ganz Rußland hervorgerufen, die der Regierung von allen Seiten in den stärksten Ausdrücken die Treue und Ergebenheit der demokratischen Vereinigung, Garnisonen und sonstigen Truppenteile aussprechen. So erklärt die Garnison Kasan, daß das Heil des Vaterlandes in der Befestigung der einstweiligen Regierung beruhe. Die Garnison von Saratow hielt eine Parade zu Ehren Kerenskis ab und sprach Kornilow ihre Verachtung aus. Der Semstwo von Tambow hat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, die Regierung zu unterstützen und die Bevölkerung der Provinz auch dazu aufzufordern. Der Stadtrat von Nishnij Nowgorod telegraphierte Kerenski, daß er die Verschwörung Kornilows als staatsfeindlich ansehe. Die Petersburger Zeitungen sind voll von Depeschen gablos öffentlicher Körperschaften, die der Regierung ihre Treue versichern, die Aburteilung Kornilows verlangen und so das Bild von dem Zusammenbruch seines Abenteuers vervollständigen.

Die neuen Kommandanten.

WTB. Petersburg, 14. Sept. Petersburger Telegraphenagentur. Der Kommandant des Militärbezirks von Moskau, Oberst Werkowski, ist zum Leiter des Kriegsministeriums, General Teplow zum Kommandanten des Militärbezirks Petersburg, Gattschinsk, ehemaliger Gehilfe im Handelsministerium, zum militärischen Generalgouverneur von Petersburg, General Ruhli zum Oberbefehlshaber der Nordfront an Stelle des seines Amtes enthobenen Generals Klembowski, General Dragomirow zum Oberbefehlshaber der Armeen der Südwestfront an Stelle des Generals Denikl ernannt worden. General Denikl ist verhaftet und unter der Anklage des Verrats vor den revolutionären Gerichtshof gebracht worden.

Die Haltung des Generals Kaledin.

WTB. Petersburg, 14. Sept. Reuter. Der Hetman der Donkosaken, General Kaledin, ließ den Arbeiter- und Soldatenrat in Rostow am Don verhaften. Kekrasow erklärte gegenüber Journalisten, daß die Bewegung sofort unterdrückt werden würde.

Der Zugverkehr zwischen den Hauptstädten unterbrochen.

WTB. Stockholm, 14. Sept. „Aftonbladet" meldet aus Haparanda: Seit dem 10. September kam kein Zug mehr aus Moskau in Petersburg an.

Rebellische Regimenter.

bb. Wien, 14. Sept. Die „Wiener Allgemeine Zeitung" meldet aus Budapest: Der „Dien" berichtet: Einige russische Regimenter haben eigenmächtig ihre Stellungen an der russischen Front verlassen und kategorisch erklärt, daß sie nicht gewillt sind, weiter ihr Blut zu vergießen. Alle Versuche der Vorgesetzten, die Truppen zur Umkehr zu bewegen, mißlangen. Der Oberbefehlshaber hat den Vorfall zur Kenntnis der Regierung gebracht und das Kriegsministerium ersucht, Maßregeln gegen die Rebellen zu treffen.

Russische Städte für den Frieden.

(-) Stockholm, 14. Sept. Die Stadtverwaltungen von Simbirsk, Samara, Bugulusk, Saratow, Slobodska, Iwanowo-Wosnosensk, Twer und Brjansk richteten an Kerenski das telegraphische Ersuchen, Frieden zu schließen, da dieses nach den vorgenommenen Volksabstimmungen in den Städten, der fast einmütige Wille der Bevölkerung der Städte sei. Nur der rasche Frieden könne das größte Unheil von Rußland abwenden. Es sei unmöglich, Krieg nach außen zu führen, wenn die Regierung im Innern gegen die Hungersnot, gegen den Unverstand und gegen die Bosheit Krieg führen müsse. Die provisorische Regierung werde alle Unterstützung im Volke finden, wenn sie Frieden schließe. Auf die Verbündeten sei kein Verlaß, sie hätten für Rußland kein Herz.

Die Lage in Petersburg.

△ Kopenhagen, 14. Sept. Im Viertel Wassili Ostrog kam es am 10. September zu einem blutigen Ueberfall auf Kosaken. Hierbei wurde eine Kosakenfamilie durch die „Rote Garde", die wieder in Erscheinung tritt, vollständig aufgerieben. Die „Rote Garde" hat sich in den Dienst der provisorischen Regierung gestellt. Es fanden am 10. große Kundgebungen zugunsten Kerenskis statt. Die Nationalisten in Petersburg nehmen eine schwankende Haltung ein, sie haben haben sich bisher noch nicht entschließen können, offen die Partei Kornilows zu ergreifen. Auf Kerenski wurde von einer noch unbekannten Persönlichkeit in der Millionnaja ein Revolverschuß abgegeben, der aber sein Ziel verfehlt haben soll. In Peterhof ist es zu einem schweren Kampf zwischen Regierungstruppen und den Junkern von Peterhof gekommen. Die Junker versuchten in Petersburg einzudringen wurden aber durch die Regierungstruppen vertrieben. Es scheint festzustehen, daß Kerenski ein verkleinertes Ministerium bilden wird. Allem Anschein nach dürfte ein Direktorium, bestehend aus Sozialisten und gegebenenfalls Kekrasow zustande kommen.

Die Beklemmung in Frankreich.

(-) Von der schweizerischen Grenze, 14. Sept. Der „Temps" schreibt in einem Leitartikel zur Lage in Rußland: Wie auch die russischen Ereignisse in Zukunft sich noch entwickeln werden, sie haben zwei große Ergebnisse, an denen die Alliierten nicht achtlos vorbeigehen dürfen. Nach dem mitteleuropäischen Gleichgewicht ist nun auch das nordeuropäische Gleichgewicht gestört. Durch die Räumung Livlands verlieren die russischen Truppen die Basis, die ihnen die Wiederaufnahme der Offensive gegen Preußen hätte ermöglichen können und zugleich den Stützpunkt, den die russische Flotte brauchte, um ihre historische Rolle im Baltischen Meer spielen zu können. Deutschland erhebt jetzt Anspruch auf Riga, wie es auf Straßburg Anspruch macht. Während die Entente die Augen auf Mitteleuropa gerichtet hält, leat Deutschland die Grundlage eines Nordeuropas. Zu den materiellen Folgen der russischen Krise kommt außerdem auch eine moralische: Das russische Beispiel verschiebt den Erfolg der Demokratie in Deutschland auf unabsehbare Zeit.

Vom polnischen Regentschaftsrat.

TU. Wien, 14. Sept. Zum Vorsitzenden des Regentschaftsrats in Polen ist, wie aus unterrichteter Stelle verlautet, Fürst Lubomirski ausersehen. Die beiden anderen Mitglieder des Rates sollen Graf Rudolph Tarnowski, der Bruder des früheren Botschafters, Grafen Adam Tarnowski, und der Warschauer Drucki Lubecki sein.

Eine japanische Aktion gegen Rußland?

(-) Stockholm, 14. Sept. „Dien" meldet, daß auf der Reede von Wladiwostok ein japanisches Schlachtschiffgeschwader erschienen ist. Die Kreuzer „Tsukuba", „Kurama", „Ibuki" und „Asama", und etwa zehn Zerstörer seien bereits einwandfrei festgestellt worden. Es habe den Anschein, als ob die Japaner Wladiwostok besetzen wollten. Der japanische Generalkonsul habe auf Befragen jede Auskunft über den Zweck des Erscheinens des japanischen Geschwaders verweigert. — In Wladiwostok ist eine Panik ausgebrochen. Man glaubt in Petersburg, daß das Erscheinen der japanischen Flotte vor Wladiwostok Wilsons Werk ist, der auf Rußland einen Druck ausüben will. — Wie weiter gemeldet wird, hat Konteradmiral Namagi, der Kommandant des japanischen Geschwaders, Truppen in Wladiwostok landen lassen.

Krieg mit dem Verräter.

Erfolgreiche Abwehr der italienischen Angriffe.

WTB. Wien, 15. Sept. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Italienischer Kriegsschauplatz: An der Isonzofront richtete die feindliche Artillerie gestern gegen mehrere Abschnitte ein etwas heftigeres Störungsfeuer. Infanteriekämpfe waren nur am Monte San Gabriele, wo im Laufe des gestrigen Abends und die Nacht über drei Angriffe gegen unsere Stellungen am Nordhange einsetzten, aber glatt abgewiesen wurden. Durch diese Kämpfe wird der italienische offizielle Bericht vom 13 September richtiggestellt. In ihm wird der Versuch gemacht, die Erfolge unserer Gegenaktion auf dem Monte San Gabriele, wodurch wir uns fast in den gesamten Besitz unserer früheren Linien setzten, zu verkleinern. Die Italiener behaupten nämlich, es wäre uns nur gelungen, die vorgeschobenen Posten zu besetzen, unser Angriff sei aber vor ihren Hauptlinien aufgehalten worden. Die wütenden Gegenangriffe, die sie gestern ins Werk setzten, sind der Beweis dafür, daß sie nicht bloß vorgeschobene Posten, sondern ihre verlorene Hauptlinie zurückzuerobern versuchten.

Oestlicher Kriegsschauplatz: Hier ist von der Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph nur mäßiges Zerstörungsfeuer zu melden. Bei der Heeresgruppe Boehm-Ermolli griffen gestern abend zwei russische Infanterieabteilungen unsere Stellungen bei Zbrayaan am Zbrucz an. Sie wurden zurückgeworfen. Sonst nur an verschiedenen Abschnitten eine regere Fliegertätigkeit.

Südöstlicher Kriegsschauplatz: In Albanien setzte in der Nacht vom 13. zum 14. September ein überaus heftiges Gewitter ein, durch das die Gefechtstätigkeit zeitweilig verhindert wurde. Von den letzten Kämpfen ist noch zu bemerken, daß gelegentlich des Vortreibens der Italiener, die bei Zabani über den Osum gegangen waren, der Feind elf Tote und auch zahlreiche Tragtiere verlor. Außerdem erbeuteten wir eine größere Anzahl von Ausrüstungsgegenständen aller Art und verschiedene Lebensmittel.

Die Ministerkrise in Italien.

WTB. Bern, 14. Sept. Laut „Corriere della Sera" teilte in dem gestrigen Ministerrat Orlando mit, daß Korradini, der Kabinettschef des Ministeriums des Innern, und Biglian, der Generaldirektor der italienischen Polizei, ihr Rücktrittsgesuch eingereicht haben; ersterer infolge einer Aussprache in dem vorigen Ministerrate. Bei Sitzungsschluß betonte Boselli die Notwendigkeit, in dem Ministerrat, wie im Lande Einigkeit zu erzielen. Das Blatt glaubt, durch die Rücktrittsgesuche würde die drohende Ministerkrise verhütet.

Die verschobene Reise des italienischen Königs.

WTB. Bern, 14. Sept. Laut „Secolo" ist der König von Italien, der sich einige Zeit in Piemont aufgehalten hat, wieder an die Isonzofront zurückgekehrt. Der König wird im Hauptquartier den Abgesandten des Präsidenten Poincaré, einen französischen General empfangen, der dem Könige das Bedauern des Präsidenten aussprechen wird, daß der Besuch des Königs wegen der Ministerkrise verschoben werden mußte. Gestern ist die Kommission aus Frankreich zurückgekehrt, die sich bereits dorthin begeben hatte, um den Besuch vorzubereiten, von dem wahrscheinlich Ende September wieder gesprochen werden wird.

Lokales und Provinzielles.

—: Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielten: Kanonier Heinz Pütter, Sohn der Eheleute Jos. Pütter, Wilhelmstraße 23. — Musketier Karl Klopsch, Sohn der Eheleute Franz Klopsch, 2. Kampstr. 33. — Krankenträger Karl Jütting. — Seewehrmann Joh. Engel, Blumenstraße 42, gleichzeitig wurde Engel zum Gefreiten befördert.

—: Befördert zum Leutnant d. R. wurde der Vizefeldwebel Rudolf Barlmeyer, Sohn des Eisenbahnwerkmeisters Wilhelm Barlmeyer, Feldherrnstr. 8.

—: Verliehen wurde dem Landger.-Dir. Geh. Justizrat Rademacher der Rote Adlerorden 3 Kl. mit der Schleife.

—: Nahrungsmittel für die kommende Woche. — In der nächsten Woche werden ausgegeben: ¼ Pfund Haferflocken, ½ Pfund Mehl, 62½ Gramm Butter, 1 Ei (zu 39 Pfennige), 150 Gramm Marmelade, ¼ Pfund Griesmehl, 7 Pfund Kartoffeln, 150 Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst. Als Ersatz für die infolge mangelhafter Belieferung mit Schlachtvieh ausfallenden 50 Gramm Fleisch werden Heringe (100 Gramm auf den Kopf) gewährt. Die verkürzte Fleischmenge dürfte bis Mitte Oktober in Kraft bleiben.

—: Ende der Sommerzeit. Die durch Bundesratsverordnung vom 16. Februar 1917 eingeführte Sommerzeit erreicht am 17. September ds. Js., vormittags 3 Uhr, ihr Ende. Dementsprechend werden alle öffentlich angebrachten Uhren am 17. September, vormittags von 3 Uhr auf 2 Uhr, um eine Stunde zurückgestellt. Damit die Rückkehr zur alten mitteleuropäischen Zeit sich glatt vollzieht, ergeht an die Werke, Uhrmacher sowie alle diejenigen, die öffentlich sichtbare Uhren haben, hiermit das Ersuchen, zu der angegebenen Zeit ebenfalls ihre Uhren pünktlich um eine Stunde zurückzustellen. Auch das Publikum wolle sich mit der alten Zeitrechnung wieder vertraut machen und gleichfalls die Taschen- und die im Haushalt befindlichen Uhren rechtzeitig um eine Stunde zurückstellen, damit Irrtümer, die unter Umständen sehr unangenehm werden können — man denke nur an den Antritt einer Eisenbahnreise oder an die Wahrnehmung eines gerichtlichen Termins — vermieden werden.

—: Marmelade für nicht entnommenen Einmachzucker. — Für etwa 30 000 Personen ist z. Zt. Einmachzucker nicht gefordert worden. Diese werden in der nächsten Zeit durch Marmelade entschädigt werden. Statt der ihnen zukommenden 5 Pfund Einmachzucker werden sie nach und nach 10 Pfund Pfund Fruchtmarmelade bester Sorte erhalten. Wer Anspruch auf diese Marmelade erhebt, muß die Einmachzucker-Zuteilungskarte, die ihm im Juli behändigt worden ist, bereit haben, um sich durch Anmeldung mit der Gegenkarte den Bezug der Marmelade in dem von ihm gewählten Geschäft zu sichern.

- Hörde, 15. Sept. In der Zeit vom 16. bis 22. September 1917 gelangen folgende Lebensmittel zur Verteilung: a) Butter- und Margarinemarken: ab Donnerstag auf die Butter- 32½ Gr. und auf die Margarinemarken 30 Gr. Margarine. Auf die Butterzusatzmarken für Schwerstarbeiter Anteil B 21 bis B 25 je 62½ Gr. Margarine. Auf die Butterzusatzmarken für Rüstungsarbeiter Anteil R 21 bis R 25 je 25 Gr. Margarine; b) Kartoffelkarte: Auf Kartoffelmarke 20 7 Pfd. Kartoffeln. Auf Kartoffelzusatzmarke 35 3 Pfd. Kartoffeln. Auf Kartoffelmarke 19 und Kartoffelzusatzmarkekarte 34 werden nur bis Montag Abend Kartoffeln verabfolgt. c) Warenkarte: Ab Donnerstag, auf Warenkarte 56 gekr. und ungekr. 125 Gr. Mehl, auf Warenkarte 57 gekr. und ungekr. 125 Gr. Morgentrank, auf Warenkarte 58 gekr. und ungekr. 125 Gr. Hafermehl. Die für Mehl angenommene Warenkarten sind getrennt von den übrigen Mehlkarten zu 100 Stück zu bündeln alsbald dem Kriegswirtschaftsamt zurückzugeben. Auf die mit dem Stempel „Küchenteilnehmer" versehenen Warenkarten ist nur die Hälfte der obengenannten Warenmengen zu verabfolgen. Auf Warenkarte Nr. 37 wird an Hand der Kundenlisten für Einmachzucker 1 Pfd. Einmachzucker ab Donnerstag ausgegeben. Diejenigen Personen, welche sich seinerzeit dem Kriegswirtschaftsamt zum Bezuge von Marmelade gemeldet haben, erhalten unter Vorlage der Warenkarte 29 und 37 10 Pfd. Marmelade. Die Marmelade ist am Freitag, den 21. Sept. cr. beim Kriegswirtschaftsamt Zimmer 1 zu bezahlen, worauf ein Bezugsschein zur Abholung der Ware auf dem städtischen Lagerplatz erteilt wird.

- Lütgendortmund, 15. Sept. Die Lebensmittelverteilung im Amt Lütgendortmund in der Woche vom 17. bis 22. Sept. 1917: A. Kolonialwaren. 1. In allen Geschäften an jedermann nach der allgemeinen Kundenliste: a) 120 Gramm Erbsen- oder Kartoffelsuppe auf Warenmarke Nr. 13. Erbsensuppe das Pfd. zu 1 Mk., Kartoffelsuppe das Pfund zu 0,75 Mk. b) 150 Gramm Haferflocken auf Warenmarke Nr. 14 das Pfund zu 44 Pfg. 2. In allen Geschäften an Rüstungsarbeiter nach der hierfür bestimmten Kundenliste: 200 Gramm Erbsenmehl, das Pfund zu 70 Pfg. auf die blaue, rote und gelbe Zusatzmarke Nr. 24. 3. In den nachgenannten Geschäften ohne Einhaltung der Kundenliste: Marmelade das Pfd. zu 1 Mk., nach Belieben, soweit der Vorrat reicht. In Lütgendortmund: bei Götz, Spreen, Konsum-Verein, Provinzialstr., Schulz, Walzer, Schwarz, Schäfer, Jakubzik, Brameier, Paul, Sendzik, Adler, Sander, Metz, Schloßhauer, Gebrüder Wolff, Brunholdt, Both. In Kirchlinde: bei Kretschmer, Hubbert, Erdbrügger, Hellweg, Heyum, Hostmann. In Bövinghausen bei Flottau, Basdorf, Tekaat, Freese, Rhein. Kaufhaus, Konsumverein und Plaßmann. Station Lütgendortmund: bei Richter, Müller, Künnemann, Bröcker, Finke. In Oespel: bei Hindermann, Düding, Wember. In Kley bei Goldberg. Der Verkauf dieser Marmelade kann schon von Samstag, den 15. d. M. ab erfolgen. Die neuen Warenkarten mit den Nr. 13 und 14 werden am Montag, den 17. d. M. ausgegeben. B. Kartoffeln. (Es wird darauf hingewiesen, daß die Ausgabe von Kartoffeln seitens der Verkaufsstellen vorerst nur auf die noch im Umlauf befindlichen Kartoffelmarken Nr. 5 und 6 zu erfolgen hat. C. Obst. An der Güterabfertigung Merklinde sind abermals einige Wagen Obst — Aepfel und Birnen — angekommen. Die Ausgabe an Obst- und Kolonialwarenhändler, soweit sie sich an dem Verkauf beteiligen wollen, findet heute Samstags von vormittags 8½ Uhr statt. Preise werden dort ebenfalls bekannt gegeben.

- Marten, 15. Sept. Der Postbote Fettback vom Postamt Marien ist mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden.

- Bochum, 14. Sept. Heute Morgen ist der Raubmörder Rosler im Hofe des Gerichtsgefängnisses hingerichtet worden. Er hatte am 12. März d. J. die Frau des Möbelhändlers Hirschen in Herne sowie deren Dienstmädchen Franziska Ladewig mit einem Hammer erschlagen.

Nachrichten des Kriegswirtschaftsamtes der Stadt Dortmund.

I. Kartoffeln.

Heute findet am Freiladegleis am Schlachthof Verkauf von Kartoffeln gegen Abgabe der Warenk... Nr. 7 für die Familien mit den Anfangsbuchstaben A... statt. Säcke, Körbe und dergl. sind mitzubringen. ... Preis beträgt für die am Freiladegleis abgeholten K... toffeln 9 Pfg. das Pfund.

II. Marmelade.

Die Warenkarte Nr. 9 berechtigt von heute ab ... Mittwoch der nächsten Woche zum Bezuge von 250 ... Marmelade in den Geschäften, bei denen der Verbrau... zum Speisefettbezuge angemeldet ist.

Verkaufspreis für das Pfund:

Stachelbeer- aber Südfruchtmarmelade	90 ...
Himbeer- oder Brombeermarmelade	1,25 ...
Heidelbeermarmelade	0,98 ...
Johannisbeer- oder Apfelmarmelade	0,88 ...

III. Bohnenmischmehl.

Die Warenzusatzkarte für Schwerarbeiter Nr. 2 ... rechtigt von heute ab zum Bezuge von einem Pf... ausländischem Bohnenmischmehl zum Preise von 2... Mk. für das Pfund in denjenigen Geschäften, we... das Vorhandensein von Bohnenmischmehl in den Sch... fenstern anzeigen.

IV. Magermilch.

Auf Anteilmarke Nr. 5 der weißen und gelben ... germilchkarten geben heute und auf Anteilmarke Nr... der roten, blauen, und grünen Magermilchkarten ge... morgen, Sonntag, Magermilch ab die Verkaufsstell... 1—4 einschl., 6, 7, 10—20 einschl., 28, 31, 33—35 ... schließlich, 37—40 einschl., 42—53 einschl., 56—61 ... schließlich, 90—95 einschl., 106, 119, 120, 122, 12... 126 einschl., 131—134 einschl., 136 und 138.

Der Verkauf findet ab 11 Uhr vormittags statt.

Welche Mengen abgegeben werden, wird am ... kaufstage in den Verkaufsstellen bekannt gegeben. ... gen der unregelmäßigen Anlieferungen ist es lei... nicht möglich, die abzugebende Menge vorher mit ... cherheit zu bestimmen. Um aber den Beziehern die M... lichkeit einer Nachprüfung zu geben, wird in Zuk... am Tage nach der Abgabe bekannt gemacht werd... welche Magermilchmengen auf die einzelnen Anteilm... ken am Tage vorher abgegeben werden mußten.

V. Obstverkauf.

Außer in den städtischen Verkaufsstellen findet ... städtische Obstverkauf bis auf weiteres auch in dem To... des Reinoldushofes statt.

VI. Freiwillige Abgabe von Einrichtungsgegenständ... aus Kupfer und Kupferlegierungen.

Heute hat die Abgabe der beschlagnahmten Gege... stände von Besitzern, deren Name mit dem Anfangsbu... staben S beginnt, an die Sammelstelle, Weißenburg... straße 70 (Elektrizitätswerk) von 8—12 Uhr vormitt... und 3—5 Uhr nachmittags zu erfolgen.

VII. Noch gültige Karten.

Kartoffelkarten Nr. 59—66 je 1 Pfund Kartoffeln.
Kartoffelzusatzkarte für Schwerarbeiter Nr. 6: 8 P...
Kartoffeln.
Warenkarte Nr. 7: 10 Pfd. Kartoffeln.
Warenkarte Nr. 8: ½ Pfund Mehl.
Warenkarte Nr. 69 ¼ Pfd. Haferflocken oder ...
Fleischmarken Nr. 1—10 und I—V siehe gestrige ... öffentlichung.
Speisefettanteilmarken Nr. 21 und 22: 62½ Gram... Kunstbutter.
Speisefett-Zusatzkarte für hoffende Frauen und ... nerinnen 30 Gramm Kunstbutter.
Fettzusatzkarte für Schwerstarbeiter Nr. 37: 62½ ... Kunstbutter.
Fettzusatzkarten (R) für Rüstungsarbeiter Nr. 33 u... 37: 50 Gramm Kunstbutter.
Kranken-Eierzusatzkarte Nr. 11 1 Ei.
Abschnitt G weiße Familienwarenkarte ½ Pfd. Hering

Letzte Telegramme.

Die nächste Reichstagssitzung.

WTB. Berlin, 14. Sept. Die nächste Sitzung des Reichstages ist auf den 26. September nachmittags 3 Uhr angesetzt. Auf der Tagesordnung stehen nur Rechnungssachen, doch ist dem Präsidenten vorbehalten, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

Vom Postillion zum Leutnant.

bb. München, 14. Sept. Der Postillion Michael Kraus, Sohn eines Kleinbauern aus Bayrisch-Schwaben, der bei Kriegsausbruch mit 23 Jahren aus der Poststelle München als Reservist ausrückte, Ritter des Eisernen Kreuzes erster Klasse und Offizierstellvertreter wurde, ist jetzt durch seine Tapferkeit vor dem Feinde zum Leutnant d. R. befördert worden.

Eisenbahnunglück.

WTB. München, 14. Sept. Der Korrespondenz Hoffmann wird amtlich aus Augsburg gemeldet: Heute früh 3.10 Uhr stieß im hiesigen Hauptbahnhof ein ausfahrender Militärzug zwei Güterwagen seitwärts an, die im Nebengleis über die Merkzeichen hinausstanden. Infolge des Anstoßes wurden die Packwagen und der nachfolgende Personenwagen des Militärzuges umgeworfen und schwer beschädigt. Ein Bahnmeister wurde getötet; außerdem wurden nur geringe Hautabschürfungen bei einzelnen Mannschaften festgestellt. Der Materialschaden ist ziemlich beträchtlich.

Zum Ableben der Königin Eleonore.

WTB. Sofia, 14. Sept. Bulgarische Telegraphenagentur. Das Ableben der Königin Eleonore rief in der Bevölkerung des ganzen Landes, die die verblichene Herrscherin wegen ihrer Wohltätigkeit geliebt hat, tiefste Trauer hervor. Gleich nach dem Bekanntwerden der Trauerbotschaft erschienen sämtliche diplomatischen Vertreter im Palais und brachten in ergreifenden Worten ihr Beileid zum Ausdruck. Alle heutigen Morgenblätter, die mit Trauerrand erschienen sind, brachten das Bild der verblichenen Königin und Einzelheiten aus ihrem Leben, das der Sorge für die Kranken, Verwundeten und Waisen gewidmet war. Die öffentlichen Gebäude hissten Trauerflaggen. Alle Schichten der Bevölkerung nehmen an der Trauer innigen Anteil. Infolge des Ablebens der Königin ist eine viermonatige Hoftrauer angeordnet worden.

Gegen Wilson.

△ München, 14. Sept. In den „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlicht der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meiningen, sich als Mitglied des Verfassungsausschusses des Reichstages bezeichnend, einen Offenen Brief an den Präsidenten Wilson. Darin heißt es: Der einfachste menschliche Takt und der politische Instinkt müßten Sie lehren, daß Sie mit dieser Art des von außen versuchten Aufdrängens innerpolitischer Reformen direkt als Bundesgenosse der stärksten Feinde jeder freiheitlichen Entwickelung in Deutschland auftreten. Was würden die Amerikaner tun, wenn wir ihnen z. B. die monarchische Staatsform aufzwingen wollten? Sie würden uns für Tollhäusler erklären und das mit Recht. Uns aber paßt der Nachfolger Monroes die dreisteste Einmischung in unsere eigensten Angelegenheiten zu bieten! Der Himmel behüte uns vor der Moraandemokratie des amerikanischen Westens oder der Scheindemokratie der Plutokraten Englands! Wir verbitten uns Ihre beleidigende Art und Weise der Einmischung und weisen die plumpe Beschimpfung unserer Regierung mit Verachtung zurück. Die deutsche Volksvertretung hat am 19. Juli 1917 den letzten deutlichen Appell von Volk zu Volk der Selbstzerfleischung der Kulturvölker ein Ende zu bereiten, ergehen lassen.

WTB. Köln, 14. Sept. Auf das seitens der hiesigen Handelskammer an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg gesandte Telegramm ist heute folgende Antwort eingelaufen:

Herzlichen Dank für die Uebermittelung der Entschließung der Handelskammer. Wilson ist es gelungen, das deutsche Volk zu vereinigen zu entschiedener Abwehr des plumpen Versuches, durch den Zwietracht bei uns zu säen er sich unterfing. Ich zweifle nicht, daß er eine deutliche Antwort erhalten wird durch das Erwachen der sieben Kriegsanleihe, welche den unbeugsamen Siegeswillen und die vollste Siegeszuversicht bekunden wird. Mag Wilson auch fernerhin für uns sein ein „Teil jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft".

Siebente Kriegsanleihe.

5% Deutsche Reichsanleihe.

4½% Deutsche Reichsschatzanweisungen, auslosbar mit 110% bis 120%.

Zur Bestreitung der durch den Krieg erwachsenen Ausgaben werden weitere 5% Schuldverschreibungen des Reichs und 4½% Reichsschatzanweisungen hiermit zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Das Reich darf die Schuldverschreibungen frühestens zum 1. Oktober 1924 kündigen und kann daher auch ihren Zinsfuß vorher nicht herabsetzen. Sollte das Reich nach diesem Zeitpunkt eine Ermäßigung des Zinsfußes beabsichtigen, so muß es die Schuldverschreibungen kündigen und den Inhabern die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der früheren Anleihen. Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen wie über jedes andere Wertpapier jederzeit (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Die Bestimmungen über die Schuldverschreibungen finden auf die Schuldbuchforderungen entsprechende Anwendung.

Bedingungen:

1. Annahmestellen.

Zeichnungsstelle ist die Reichsbank. Zeichnungen werden

von Mittwoch, den 19. September, bis Donnerstag, 18. Oktober 1917, mittags 1 Uhr

bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postscheckkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der Königlichen Seehandlung (Preußischen Staatsbank), der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Berlin, der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten, sowie sämtlicher Banken, Bankiers und ihrer Filialen, sämtlicher öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, jeder Lebensversicherungsgesellschaft, jeder Kreditgenossenschaft und jeder Postanstalt erfolgen. Wegen der Postzeichnungen siehe Ziffer 7.

Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen.

2. Einteilung. Zinsenlauf.

Die Schuldverschreibungen sind in Stücken zu 20 000, 10 000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark mit Zinsscheinen, zahlbar am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres, ausgefertigt. Der Zinsenlauf beginnt am 1. April 1918, der erste Zinsschein ist am 1. Oktober 1918 fällig.

Die Schatzanweisungen sind in Gruppen eingeteilt und in Stücken zu 20 000, 10 000, 5000, 2000, 1000 Mark mit Zinsscheinen, zahlbar am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres, ausgefertigt. Der Zinsenlauf beginnt am 1. Januar 1918, der erste Zinsschein ist am 1. Juli 1918 fällig. Welcher Gruppe die einzelne Schatzanweisung angehört, ist aus ihrem Text ersichtlich.

3. Einlösung der Schatzanweisungen.

Die Schatzanweisungen werden zur Einlösung in Gruppen im Januar und Juli jedes Jahres, erstmals im Juli 1918, ausgelost und an dem auf die Auslosung folgenden 2. Januar oder 1. Juli mit 110 Mark für je 100 Mark Nennwert zurückgezahlt. Die Auslosung geschieht nach dem gleichen Plan und gleichzeitig mit den Schatzanweisungen der sechsten Kriegsanleihe. Die nach diesem Plan auf die Auslosung im Januar 1918 entfallende Zahl von Gruppen der neuen Schatzanweisungen wird jedoch erst im Juli 1918 mit ausgelost.

Die nicht ausgelosten Schatzanweisungen sind seitens des Reichs bis zum 1. Juli 1927 unkündbar. Frühestens auf diesen Zeitpunkt ist das Reich berechtigt, sie zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen die Inhaber alsdann statt der Barrückzahlung 4%ige, bei der ferneren Auslosung mit 115 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatzanweisungen fordern. Frühestens zehn Jahre nach der ersten Kündigung ist das Reich wieder berechtigt, die dann noch unverlosten Schatzanweisungen zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen alsdann die Inhaber statt der Barzahlung 3½%ige mit 120 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatzanweisungen fordern. Eine weitere Kündigung ist nicht zulässig. Die Kündigungen müssen spätestens sechs Monate vor der Rückzahlung und dürfen nur auf einen Zinstermin erfolgen.

Für die Verzinsung der Schatzanweisungen und ihre Tilgung durch Auslosung werden — von der verstärkten Auslosung im ersten Auslosungstermin (vergl. Abs. 1) abgesehen — jährlich 5% vom Nennwert ihres ursprünglichen Betrages aufgewendet. Die ersparten Zinsen von den ausgelosten Schatzanweisungen werden zur Einlösung mitverwendet. Die auf Grund der Kündigungen vom Reiche zum Nennwert zurückgezahlten Schatzanweisungen nehmen für Rechnung des Reichs weiterhin an der Verzinsung und Auslosung teil.

Am 1. Juli 1967 werden die bis dahin etwa nicht ausgelosten Schatzanweisungen mit dem alsdann für die Rückzahlung der ausgelosten Schatzanweisungen maßgebenden Betrage (110%, 115% oder 120%) zurückgezahlt.

4. Zeichnungspreis.

Der Zeichnungspreis beträgt:

für die 5% Reichsanleihe, wenn Stücke verlangt werden	98,— Mark,
für die 5% Reichsanleihe, wenn Eintragung in das Reichsschuldbuch mit Sperre bis zum 15. Oktober 1918 beantragt wird	97,80 Mark,
für die 4½% Reichsschatzanweisungen	98,— Mark,

für je 100 Mark Nennwert unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen.

5. Zuteilung. Stückelung.

Die Zuteilung findet tunlichst bald nach dem Zeichnungsschluß statt. Die bis zur Zuteilung schon bezahlten Beträge gelten als voll zugeteilt. Im übrigen entscheidet die Zeichnungsstelle über die Höhe der Zuteilung. Besondere Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Werden derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von den Vermittlungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung der Stückelung kann nicht stattgegeben werden.*)

Zu allen Schatzanweisungen sowohl wie zu den Stücken der Reichsanleihe von 1000 Mark und mehr werden auf Antrag vom Reichsbankdirektorium ausgestellte Zwischenscheine ausgegeben, über deren Umtausch in endgültige Stücke das Erforderliche später öffentlich bekanntgemacht wird. Die Stücke unter 1000 Mark, zu denen Zwischenscheine nicht vorgesehen sind, werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt und voraussichtlich im April n. J. ausgegeben werden.

Wünschen Zeichner von Stücken der 5% Reichsanleihe unter Mark 1000 ihre bereits bezahlten, aber noch nicht gelieferten kleinen Stücke bei einer Darlehnskasse des Reichs zu beleihen, so können sie die Ausfertigung besonderer Zwischenscheine zwecks Verpfändung bei der Darlehnskasse beantragen; die Anträge sind an die Stelle zu richten, bei der die Zeichnung erfolgt ist. Diese Zwischenscheine werden nicht an die Zeichner und Vermittlungsstellen ausgehändigt, sondern von der Reichsbank unmittelbar der Darlehnskasse übergeben.

6. Einzahlungen.

Die Zeichner können die gezeichneten Beträge vom 29. September d. J. an voll bezahlen. Die Verzinsung etwa schon vor diesem Tage bezahlter Beträge erfolgt gleichfalls erst vom 29. September ab.

Die Zeichner sind verpflichtet:

30%	des zugeteilten Betrages spätestens am	27. Oktober d. J.
20%	„ „ „ „ „	24. November „ „
25%	„ „ „ „ „	9. Januar n. J.,
25%	„ „ „ „ „	6. Februar „ „

zu bezahlen. Frühere Teilzahlungen sind zulässig, jedoch nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwerts. Auch auf die kleinen Zeichnungen sind Teilzahlungen jederzeit, indes nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwerts gestattet; doch braucht die Zahlung erst geleistet zu werden, wenn die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt.

Die Zahlung hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Die im Laufe befindlichen unverzinslichen Schatzscheine des Reichs werden — unter Abzug von 5% Diskont vom Zahlungstage, frühestens aber vom 29. September ab, bis zum Tage ihrer Fälligkeit — in Zahlung genommen.

7. Postzeichnungen.

Die Postanstalten nehmen nur Zeichnungen auf die 5% Reichsanleihe entgegen. Auf diese Zeichnungen kann die Vollzahlung am 29. September, sie muß aber spätestens am 27. Oktober geleistet werden. Auf bis zum 29. September geleistete Vollzahlungen werden Zinsen für 181 Tage, auf alle anderen Vollzahlungen bis zum 27. Oktober, auch wenn sie vor diesem Tage geleistet werden, Zinsen für 153 Tage vergütet.

8. Umtausch.

Den Zeichnern neuer 4½% Schatzanweisungen ist es gestattet, daneben Schuldverschreibungen der früheren Kriegsanleihen und Schatzanweisungen der I., II., IV. und V. Kriegsanleihe in neue 4½% Schatzanweisungen umzutauschen, jedoch kann jeder Zeichner höchstens doppelt so viel alte Anleihen (nach dem Nennwert) zum Umtausch anmelden, wie er neue Schatzanweisungen gezeichnet hat. Die Umtauschanträge sind innerhalb der Zeichnungsfrist bei derjenigen Zeichnungs- oder Vermittlungsstelle, bei der die Schatzanweisungen gezeichnet worden sind, zu stellen. Die alten Stücke sind bis zum 15. Dezember 1917 bei der genannten Stelle einzureichen. Die Einreicher der Umtauschstücke erhalten auf Antrag zunächst Zwischenscheine zu den neuen Schatzanweisungen.

Die 5% Schuldverschreibungen aller vorangegangenen Kriegsanleihen werden ohne Aufgeld gegen die neuen Schatzanweisungen umgetauscht. Die Einlieferer von 5% Schatzanweisungen der ersten Kriegsanleihe erhalten eine Vergütung von 2 Mark, die Einlieferer von 5% Schatzanweisungen der zweiten Kriegsanleihe eine Vergütung von 1,50 Mark für je 100 Mark Nennwert. Die Einlieferer von 4½% Schatzanweisungen der vierten und fünften Kriegsanleihe haben 3 Mark für je 100 Mark Nennwert zuzuzahlen.

Die mit Januar/Juli-Zinsen ausgestatteten Stücke sind mit Zinsscheinen, die am 1. Juli 1918 fällig sind, die mit April/Oktober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen, die am 1. April 1918 fällig sind, einzureichen. Der Umtausch erfolgt mit Wirkung vom 1. Januar 1918, so daß die Einlieferer von April/Oktober-Stücken auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für ¼ Jahr vergütet erhalten.

Sollen Schuldbuchforderungen zum Umtausch verwendet werden, so ist zuvor ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung (Berlin SW 68, Oranienstraße 92—94) zu richten. Der Antrag muß einen auf den Umtausch hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens bis zum 24. Oktober d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur für den Umtausch in Reichsschatzanweisungen geeignet sind, ohne Zinsscheinbogen ausgereicht. Für die Ausreichung werden Gebühren nicht erhoben. Eine Zeichnungssperre steht dem Umtausch nicht entgegen. Die Schuldverschreibungen sind bis zum 15. Dezember 1917 bei den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

*) Die zugeteilten Stücke sämtlicher Kriegsanleihen werden auf Antrag der Zeichner von dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin nach Maßgabe seiner für die Niederlegung geltenden Bedingungen bis zum 1. Oktober 1919 vollständig kostenfrei aufbewahrt und verwaltet. Eine Sperre wird durch diese Niederlegung nicht bedingt; der Zeichner kann sein Depot jederzeit — auch vor Ablauf dieser Frist — zurücknehmen. Die von dem Kontor für Wertpapiere ausgefertigten Depotscheine werden von den Darlehnskassen wie die Wertpapiere selbst beliehen.

Berlin, im September 1917.

Reichsbankdirektorium:

Havenstein. v. Grimm.

Unter Bezugnahme auf die umstehende Bekanntmachung nehmen wir **Zeichnungen** auf die

VII. Kriegsanleihe

und zwar:

5%ige Deutsche Reichsanleihe zu 98%

5%ige dto. (Schuldbuchforderung) zu 97,80%

4½%ige Deutsche Reichschatzanweisungen zu 98%

sowie

Umtausch-Anmeldungen

zu **den gleichen Begingungen** kostenlosentgegen.

Deutsche Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Dortmunder Bank-Verein, Zweiganstalt des Barmer Bankvereins, Hinsberg, Fischer & Co.,
Essener Kreditanstalt,
Märkische Bank, Dortmund,
Rhein.-Westf. Discontogesellschaft Dortmund A.-G.,
Gebrüder Stern,
Wiskott & Co.,

1835

Ziehung 5. u. 6. Oktober

Große Kölner Lotterie

zum Baue eines Lehrer-Erholungsheims in der Rheinprovinz
9017 Gewinne der 3. Lotterie im Gesamtwerte von Mark

Darunter Hauptgewinne im glücklichen Fall im Werte von Mark

200000
75000
50000
25000
20000
15000
10000

Lose zu Mk. 1.- 11 Lose zu Mk. 10.- Porto und Liste 35 Pfg. extra
Ganz besonders zu empfehlen **10 Kölner Lose** sortiert mit Porto und Liste und einer feinen Banknotentasche Mk. 10.-
22 Kölner Lose sortiert mit Porto und Liste und einer feinen Banknotentasche Mk. 10.-
empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

General-Debit
Amtenbrink,
Köln am Rhein
Schildergasse 30.

Lose zu haben in allen durch Plakate erkenntlichen Verkaufsstellen.

Lose hier zu haben bei
W. Jülichers-Glückskollekte
Schulte & Bartels,
Max Kühn.

Fredenbaum-Park

verbunden mit

Kriegs-Ausstellung.

Sonntag, den 16. Sept. nachmittags v. 8—11 Uhr

Doppel-Konzert

der **verstärkten Kapelle Hubert** und des **Witek'schen Orchesters.**

Weltstadt-Sehenswürdigkeiten.
Riesen-Leucht-Springbrunnen.

Eintritt im Park: Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. Familienkarten und Militär frei. (1832

Stadttheater Dortmund

Sonnabend, 15. September
7½—10½ Opernpreise
„Undine".

Sonntag, 16. September
7½—10½ Opernpreise
Zum 30. Male 1735
„Polenblut".

Montag, 17 September
8—10½ Einheitspreis (60 Pfg.)
„Fladsmann als Erzieher".

Sämtl. Karten sind vergeben.
Der Fernsprecher ist in den Stunden bis 9 Uhr vormittags und v. 1-5 Uhr ohne Bedienung; anrufen deshalb zwecklos.

Stadttheater.
Fundsachen betreffend.

Die in der Spielzeit 1916/17 bei uns abgegebenen Fundsachen wie Regenschirme, Stöcke, Handschuhe, Kragenschoner, Armbänder, Ausgänge usw können von den Empfangsberechtigten in der Theaterhauptkasse Kuhstraße 16 Zimmer 21, in den Stunden von 10—1 und 5—7 Uhr, in Empfang genommen werden. 1834

Die Direktion.

Philharmonisches Orchester.

Bei günstiger Witterung morgen Sonntag
Hain-Konzerte 1841
Anfang 11½ Uhr. Eintritt 10 Pf.

Zurückgekehrt!
Dr. med. Hugo Steinberg
Spezialarzt für Haut-, Harn- Blasenleiden.
Dortmund, Königswall 44.
1786

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager in

Wachstuch
und
Linoleum.

Dortmunder Tapetenhaus, Heimann-Rottkamp
Reinoldistrasse 15. — Telephon 1002. 1830

Der Konsum- & Sparverein Dortmund-Hamm e. G. m. b. H.

sieht sich gezwungen die für kommenden Sonntag anberaumte Hauptversammlung um eine Woche, auf **Sonntag, den 23. September,** morgens 10 Uhr zu verlegen.

Tagungsort: **Dortmund,** „Reinoldushof", Wissstrasse 17,

Der Aufsichtsrat:
I. A.: **A. Leckler.**

1828

Kesselasche

hat **kostenlos** abzugeben 179

Städtisches Elektrizitätswerk.
Hauptstation, Weißenburgerstr 70.
Schüttvorrichtungen vorhanden.

Zur Beerdigung des verstorbenen Kriegers 1843
Karl Heitkamp
treten die Kriegervereine
Dienstag, den 18. September 1917, vormittags 10 Uhr auf dem Südwall am „Grafenhof" an.
Kreiskriegerverband
Dortmund-Stadt und Land.

Philipps

kaufm. und gewerbl. Fortbildungs-Schule Dortmund Burgwall 27 und Auf dem Berge 25 Telefon 7651.

27 jähr. Bestehen, 2 Schulhäuser, 73 Schreibmaschinen



1. Kaufm. 12- u. 6- Mon.-Kurse. 2. Spezial-Kurse für Damen mit höh. Schulbildung. 3. Stenogr.- Schreibmasch.-Kurse. 4. Kurse in wahlfreien Fächern (Deutsch, Rechnen, Schön-Schnellschr., Buchführung Algebra, Geometrie etc.) 5. Gewerbliche Fachkurse. — Anmeldungen erfolgen am besten persönlich, bei Kindern (mit Zeugnis) durch die Eltern. 1764

Philipps Fortbildungsschule.

Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft
„Concordia" Cöln a. Rh.
Errichtet 1853. Gesamtvermögen Ende 1916
203,6 Millionen Mark

Kriegsversicherung

Bis zur Einberufung zuschlagfrei!

Nach der Einberufung:
Mässige Kriegszusatzprämie!
Zahlung nach Lage der Falles aufschiebbar!
Keine Nachschusspflicht. Keine Umlage.

Sofortige Auszahlung der vollen Versicherungssumme auch im Kriegssterbefall.

Grundkapital: Jetzt 30 Millionen Mk.
Versicherungsbestand Ende 1916: 391 Millionen Mk.
Neu beantragt 1916: rd. 3300 Antr. über 18000000 Mk.
Auskunft durch: **Reinhold Schott, Dortmund,** Winkelstrasse 22, Tel. Nr. 2573. (844

Die Versteigerung

der in den Monaten Juni, Juli und August 1916 von Nr. 296300 bis 335975 in unserem Geschäft verpfändeten

Gegenstände
mit Ausnahme der
Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren,

als:
Uhren, Goldwaren und Schmucksachen, Betten, Teppiche, Pelze, Schirme, Bücher, Musikinstrumente Bilder, Spiegel, Fahrräder ohne Bereifung Nähmaschinen usw.,

findet am
Mittwoch, den 26. September morgens 9 Uhr und nachmittags 2½ Uhr beginnend, in unserem Auktionslokal, Ecke der Nikolai- und Balkenstraße, statt.

Die beim Verkauf dieser Pfänder eventl. erzielten Ueberschüsse werden, wenn solche nicht erhoben, an die Armenkasse gezahlt und gehen nach Jahresfrist in das Eigentum derselben über.

Die Einlösung oder Verlängerung der zum Verkauf gestellten Pfänder muß vor dem Versteigerungstage, bis spätestens 7 Uhr abends geschehen. 1436

A. Eick & Comp.
Pfandleih-Anstalt,
Dortmund, Nikolaistrasse 5.

Einer Wasser

Erhöhung des Einkommens
durch Versicherung von Leibrente bei der
Preussisch. Renten-Versicherungs-Anstalt

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer

beim Eintrittsalter (Jahre):	50	55	60	65	70	75
jährlich % der Einlage:	7,248	8,244	9,612	11,496	14,196	18,120

Bei längerem Aufschub der Rentenzahlungen wesentlich höhere Sätze.
Für Frauen gelten besondere Tarife.
Vermögenswerte **Ende 1916: 124 Millionen Mark.**
Tarife und nähere Auskunft durch:
Richard Wiesemann, Generalagent, in **Dortmund,**
755 **Kaiserstrasse 3.**

Willy Olfers
Pelzwaren in grosser Auswahl.
Brückstrasse 51. 1809

Gut eingeübte
Damenschneider
sofort gesucht. 1840
Rose & Co., Dortmund.

Tücht. Stenotypistin
gesucht.
Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften erbittet
1827 **Wasserwerk Dortmund.**

Betonpoliere, Vorarbeiter, Maurer, Zementierer, Bauarbeiter,

für eine Baustelle im besetzten Gebiet sofort gesucht. 1811

Betonbaugeschäft
Franz Schlüter
Märkischestraße 59.

Kleiderer, in allen Arbeiten durchaus erfahrener, an selbständiges Arbeiten gewohnter
Schlosser
(auch Kriegsbeschädigter) gesucht. 1791
Ludwig Ihne,
Duisburg,
Fach-Geschäft in Oefen, Herden und Beleuchtungsgegenständen.

Einige bürgerliche einfachere
Schlafzimmer 1829
noch in großer Auswahl billig zu verkaufen. Möbelgeschäft **Kraus,** Westenhellweg 138.

Tüchtiger, langjähriger
Kalt-Walzer 1807
und in der Eisenbranche erfahren, sucht sich baldigst zu verbessern, eventuell
Meisterstelle.
Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Tüchtiges
Mädchen
was in Küche und Haushalt erf. ist, oder junge alleinstehende Frau für sofort gesucht. 1831
In kl. wirtsch. Haushalt, hoher Lohn und gute Behandlung. Näheres zu erfragen bei
Frau Jul. Stemmer
Essen Ruhr I.
Ladenspolderstraße 32.

Plissé-Brennerei
Volantes an fertigen Röcken. Stoffe plissiert in allen Mustern schnellstens und zu billigsten Preisen
Färberei
Galluschke
Waschanstalt
Läden: Westenhellweg 101, Steinplatz 6, Hansastr. 94, Kaiserstr. 4, Hohestr. 49, Bornstr. 92 Königswall 10.

Reißzeuge
sehr billig. 1436
A. Eick & Comp.
Dortmund
Balkenstr. 36/38, Nicolaistr. 5 beim Bezirkskommando.

Gut eingeübte
Damenschneider
sofort gesucht. 1840
Rose & Co., Dortmund.

Heizer und Heizerinnen

für Zentralheizungen sofort gesucht.
Persönliche Meldungen morgens zwischen 11 und 1 Uhr bei dem 1837
Städtischen Maschinenamt
Kleppingstraße 5 II, Zimmer 414.

Ein ordentliches
Mädchen
wird zum 1. Okt. für die Küche und etwas Hausarbeit für kleinen Haushalt gesucht. Zweitmädchen vorhanden. 1832
Frau Georg Schulze,
Wesel, Kaiserplatz 6.

Sauberes fleißiges
Mädchen
für Haus und Küchenarbeit per 1. oder 15. Okt. gesucht.
Frau Direktor Jean Woll, Köln a. Rh., Roonstraße 56.

Mannborg-Harmoniums
empfiehlt
Franz Reinelt,
Klaviermacher, 1698
Dortmund. Balkenstraße 14-16
Fernruf 1992. Gegr. 1874.

Schlosser
Dreher
Fräser und jugendl. Arbeiter

stellen sofort ein 1838
Orenstein u. Koppel
Arthur Koppel A.-G.
Fabrik Dorstfeld.

Wir suchen tüchtige, militärfreie
Mechaniker
und
Werkzeugmacher
zu sofortigem Eintritt
Lippische Telefon-Werke Aktiengesellschaft, Detmold.

Arbeiter und Arbeiterinnen
für leichte Arbeiten sofort gesucht.
Gruteser & Blanché
Tiefbaugeschäft.
Meldungen beim Bauführer **Bahn,** Neue Kolonie der Gewerkschaft Dorstfeld. 1804

Ordentliches
Zweitmädchen
gesucht. Selbiges wird in Küchenarbeit angelernt Küchenmädchen und Waschfrau vorhanden. 1788
Frau P. Seiwert,
Gutenbergstraße 22

Segeltuch, Pläne Zelt- und Wagendecken
auch gebrauchte und beschädigte, kauft fortwährend 1795
Dortmunder Sackfabrik,
Gutenbergstr. 76. Fernspr. 7571.

Schlosser, Nieter, Zuschläger u. Nietenwärmer

für auswärtige Baustellen sofort gesucht. 178
August Klönne, Dortmund.

Tüchtige Schlosser

für unser Kraftwerk **Heegermühle** bei Eberswalde sofort gesucht.
Märkisches Elektrizitätswerk A. G.
Eberswalde,
Eisenbahnstraße 84.

Maurer und Handlanger
ständig gesucht. (1753
F. J. Collin,
Beurhausstraße 14-16, Toreingang.

Silbertaschen, Taschenbügel
Taschen-Uhren
Goldwaren
1364
Dortmund
Balkenstr. 36—38
beim Bezirkskommando.
A. Eick & Comp.

Dortmunder Tageblatt

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzl. Feiertage.

Abonnementspreis
im Haus, 85 Pfg. pro Monat, durch die Post bezogen für 3 Monate 2,40 Mk. Postscheckkonto Amt Köln Nr. 227 29.

verbunden mit dem
Lokal-Anzeiger für Dortmund u. Hörde.
Mit Bekanntmachungen der städtischen und Militär-, sowie anderer Behörden.

Expedition: Dortmund, Prinzenstraße 9—11. — Fernsprech-Anschluß Nr. 160.

Rotationsdruck und Verlag, sowie für die Inserate verantwortlich: Viktor Schanzer, Dortmund.

Inserate
die 8 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfg und 10% Teuerungs-Zuschlag.
Reklamen
die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg.
Bei zwangsweiser Beitreibung der Insertionsgebühren durch Klage od. Konkursverfahren wird der bewilligte Rabatt hinfällig.
Erfüllungsort Dortmund
Für Aufnahme von Inseraten an bestimmt vorgeschriebenen Tagen und Plätzen übernehmen wir keine Garantie.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Sonnemann, Dortmund.

Nr. 217. Zweites Blatt Dortmund, Samstag, den 15. September 1917. 34. Jahrg.

Naumann gegen die Pharisäer.

Reichstagsabg. Dr. Naumann antwortet in der neuen Nummer der „Hilfe" auf einen offenen Brief, in dem ihm am 4. September im „Berliner Tagebl." ein früherer national-sozialer Mitkämpfer Prof. Saenger zum Vorwurf machte, daß Naumann immer noch nicht den von ihm schon vor Jahren vertretenen Gedanken der Bildung einer großen demokratischen Linken zur Ausführung gebracht habe, daß er überhaupt in die Fortschrittliche Volkspartei eingetreten sei, und daß er jetzt nicht seine Stimme erhebe, um sein altes Pragramm von der neuen Verteilung der Verantwortungen aufzurollen. Die Antwort Naumanns geht von der Annahme aus, daß Saenger ihm vor allem die Unterstützung der Friedenszielkundgebung des Reichstages vom 19. Juli zum Vorwurf macht. Naumann stellt fest, daß er in dieser Angelegenheit „keineswegs als gehorsamer Parteisoldat handle, sondern kraft eigenster Ueberzeugung". Zuerst sei er es gewesen, der in der Fraktion den Antrag gestellt hat, der zur Mehrheitsbildung im Reichstage führen sollte. Naumann schreibt:

„Ich bin für die Reichstagsresolution. Dabei macht es mir, um auch dieses offen zu sagen, im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr wenig aus, wie viele meiner alten Freunde und Anhänger jetzt diesen Standpunkt für richtig halten oder nicht, denn alle Partei- und Freundschaftsfragen ohne Ausnahme sind in diesen Zeiten zu Nebenfragen geworden gegenüber dem Schicksal des Vaterlandes. Was nützt die schönste Partei, wenn wir uns nach dem Kriege nicht wieder aufrichten können?"

Naumann besitzt kein Verständnis dafür, wie man sich als Gegner der Friedenskundgebung des Reichstags auf Hindenburg berufen kann, „nachdem wir vom Reichskanzler gehört haben, daß er sich bei seiner grundsätzlichen Uebernahme der Reichstagsresolution in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung befunden habe". Nach meiner Auffassung — sagt Naumann — arbeitet Hindenburgs herrliche Kraft mit der ganzen Arbeit dahin, daß wir stark genug sind, einen solchen dauernden Menschheitsfrieden zu erreichen, wie er in der umstrittenen Resolution als Ziel des Verteidigungskrieges ausgesprochen wird." Weiter sagt Naumann:

Es versteht sich von selbst daß mir nicht unbekannt geblieben ist, welche andere Deutung man vielfach auf der rechten Seite unserer Resolution gegeben hat, als sei sie ein Zeugnis von innerer Schlaffheit und geringerer Tapferkeit. Es ist betrüblich, daß im Kriege nicht Disziplin genug besteht, um solche offenkundig schiefen Darstellungen einfach aus vaterländischem Takt zu vermeiden. Stehen etwa unsere Söhne und Anverwandten nicht auch an der Front, wird auf unserer Seite etwa weniger gestorben? Alle Mitglieder der Linken tuen alles für das Vaterland und verdienen wahrhaftig nicht, daß andere sich pharisäerhaft über sie erheben, die auch nichts anderes leisten können als wir. Solches unbillige Verlangen muß bitter machen. Odeir ist es eine größere vaterländische Leistung, mehr zu fordern? Das ist leicht, nur ist es in seinen Wirkungen, wie wir erlebt haben, allzu gefährlich. Um des Vaterlandes willen muß man auch den Mund halten können, wenn es nötig ist. Wenn davon die Eroberungsredner etwas bestätigt hätten, so wären uns diese ganzen peinlichen Erörterungen erspart geblieben und wir hätten vermutlich auch die Reichstagsresolution nicht gebraucht. So aber, wie man es getrieben hat, war das Mehrheitswort vom Verteidigungskriege eine absolute Notwendigkeit."

Im Anschluß daran hebt Naumann noch einmal ausdrücklich hervor, daß er sich in dieser Angelegenheit ganz mit der Fortschrittlichen Volkspartei einig sei.

J. Fischer
DORTMUND
Ostenhellweg
Herren-Jünglings- u. Knaben-Kleidung

Für den
Schulanfang

kann ich infolge meiner heute noch ganz gewaltigen Vorräte, die durch frühzeitige günstige Einkäufe entstanden sind, eine hervorragende Auswahl in

Knaben- und Jünglings-Anzüge und Mäntel

anbieten. Trotz grosser, durch die lange Kriegsdauer hervorgerufenen Schwierigkeiten hat die Qualität meiner Schulkleidung nicht gelitten und ragt nach wie vor durch gute Stoffe und Zutaten, feste Näharbeit und feines Aussehen hervor.

Schul-Anzüge in offenen oder hochgeschlossenen, I- und II-reihigen Formen, mit und ohne Falten, aus klein gemusterten Buxkin, Cheviot- und Tirtheystoffen
ab Gr. 3 Mk. 12.- 15.- 18.- 22.- bis 45.-

Schul-Anzüge in Jacken und Schlupfblusenform, teils mit hübschen Ueberkragen, aus grauen und braunen Kammgarn- und Cheviotstoffen
ab Gr. 3 Mk. 15.- 19.- 24.- 27.- 30.- bis 55.-

Kieler Anzüge aus besten echtfarbigen, blauen Melton- und Cheviotstoffen, mit Ueberkragen und Originalstickereien
ab Gr. 3 Mk. 30.- 37.- 38.- 42.- 48.- bis 75.-

Knaben-Paletots in längeren und flotten Sportformen aus braunen, grauen und oliven Cheviot- und Flauschstoffen, mit und ohne Futter
ab Gr. 3 Mk. 7,50 9.- 12.- 15.- 20.- bis 48.-

Kieler-Jacken aus guten blauen Cheviot- und Tuchstoffen mit echten Stickereien und Abzeichen
ab Gr. 3 Mk. 7.- 10.- 14.- 18.- 22.- bis 55.-

Loden-Mäntel und Umhänge aus wetterfesten Lodenstoffen in grauen und grünen Farben
ab Gr. 3 Mk. 15.- 18.- 22.- 25.- 28.- bis 45.-

Mädchen-Schulkleider und Schulblusen
in schönen neuen Formen aus hell- und dunkelkarierten Cheviot- und modernen Mousselinsstoffen, mit hübschen Garnituren, Ueberkragen und Schleifen, in allen Grössen und Lägen.

Die Sozialdemokratie im Kriege.

Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes für den Parteitag in Würzburg enthält eine Reihe bemerkenswerter Angaben über die Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges. Der Bericht umfaßt die Geschäftsjahre 1914 bis 1917, also die Zeit vom 1. April 1914 bis zum 31. März 1917. Der Bericht wird zum ersten Mal seit Jahrzehnten vom „Vorwärts" nicht im Wortlaut, sondern nur in einem Auszug, der offenbar sehr stark gekürzt ist, veröffentlicht. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges hatte der sozialdemokratische Parteivorstand einen Bericht veröffentlicht, der, die Zeit vom 1. April 1913 bis Ende März 1914 umfassend, den in Aussicht genommenen Parteitag in Würzburg im September 1914 beschäftigen sollte. Der Krieg verhinderte die Abhaltung dieses Parteitags. Mit diesem vor drei Jahren veröffentlichten Vorstandsbericht wird sich nun der Parteitag in Würzburg Mitte Oktober 1917 auch zu beschäftigen haben.

Unmittelbar vor dem Kriegsausbruch konnte der sozialdemokratische Parteivorstand in seinem Parteitagsbericht hervorheben, daß die Zahl der Mitglieder sozialdemokratischer Organisationen mehr als eine Million betrage, und innerhalb Jahresfrist vom 31. März 1913 bis zu demselben Tage 1914 von 982 850 auf 4 985 905 gestiegen sei. Nach dem neuen Parteitagsbericht des Parteivorstandes ist die Gesamtmitgliederzahl bis zum 31. März 1915 um die Hälfte auf 585 900 und bis zum 31. März 1917 weiter auf 243 061 gesunken. Als Ursachen für dieses gewaltige Abnahme der Mitgliederzahl kommen der Krieg und der Parteistreit in Betracht. 75 Prozent der gesamten männlichen Mitglieder sind zum Heeresdienst einberufen. Die Spaltung der Partei brachte Mitgliederverluste in den Bezirken Groß-Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Ostpreußen, Niederrhein, Braunschweig, Halle, Erfurt und Groß-Thüringen. Die übrigen Bezirke wurden weniger, ein großer Teil garnicht davon betroffen. Vor dem Kriege gehörten am 31. März 1914 174 754 Frauen den sozialdemokratischen Organisationen an, am 31. März 1917 nur noch 66 608. Die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen freien Gewerkschaften sind von 1913 bis 1916 in ihrem Mitgliederbestand von 2 310 000 auf 837 500 zurückgegangen, sie haben also verhältnismäßig nicht so starke Mitgliederverluste aufzuweisen wie die Parteiorganisationen der Sozialdemokratie, wobei allerdings zu berücksichtigen bleibt, daß ein genauer Vergleich erst möglich wäre, wenn die Stärke der Organisationen der aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschiedenen Gruppen bekannt wäre.

Die sozialdemokratische Parteikasse hatte in der Zeit vom 1. April 1913 bis zum 31. März 1914 eine Einnahme von 1 405 000 Mark. Im letzten Geschäftsjahr, also in der Zeit vom 1. April 1916 bis zum 31. März 1917 betrug die Einnahme nur 583 000 Mark, der eine Ausgabe von 976 000 Mark gegenüberstand, während die sozialdemokratische Parteikasse im letzten Jahr vor dem Kriege doppelt so viel, nämlich 1 720 000 Mark ausgegeben hat.

Aus dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstand sei noch hervorgehoben, daß in mehr als hundert Städten gegenwärtig sozialdemokratische Stadträte ihres Amtes walten. Die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen ist während des Krieges um 11 auf 80 ge-

Sein Verhängnis.

Roman von Gottfried Bruckner.

2.

(Nachdruck nicht gestattet.)

„Nein, nein, so darfst Du mich nicht mehr nennen," antwortete sie leise und erschreckt, denn jetzt in seiner Nähe erschien es ihr noch schwerer als vorhin, ihrem Entschluß der Entsagung treu zu bleiben.

„Weshalb nicht?" fragte er lächelnd, und als er dann den tieftraurigen Ausdruck ihrer Gesichtszüge wahrnahm, rief er besorgt: „Was ist geschehen?"

„Heute morgen bekam Tante Helene einen Brief von Vetter Karl, worin derselbe mitteilt, daß er am Freitag Abend wieder eintrifft und dann unverzüglich unsere öffentliche Verlobung und baldige Heirat wünscht."

„Aber Du brauchst ihm ja bloß einen Korb zu geben," meinte Hugo unbefangen.

„Du weißt, eigentlich galten wir schon immer als verlobt, und Tante sagt, sie wird, so lange er lebt, nie zugeben, daß ich einen anderen heirate."

„So lange er lebt," wiederholte Hugo nachdenklich.

„Und sie ist stets so gut gegen mich gewesen, daß es meine Pflicht ist, ihr zu gehorchen. Meine Liebe gehört Dir allein — ich kann den Gedanken kaum fassen, Dir entsagen zu müssen — also mache es mir nicht so schwer."

„Weine nicht, mein Liebling. Du liebst mich, und ich liebe Dich, niemand hat also das Recht, zwischen uns zu treten — weder Tante noch Vetter! Und nie werde ich zugeben, daß Du die Gattin eines anderen wirst. Eher sterbe ich, als daß ich auf Dich verzichte. Aber nun beruhige Dich. Jetzt sind wir hier zwar noch allein, aber jeden Augenblick können Menschen kommen. Wann wird Dein Vetter zurückerwartet?"

„Freitag Abend."

„Und heute ist Sonnabend. Weiß Deine Tante, daß Du zu mir kamst?"

„Nein," antwortete Cäcilie.

„So viel besser. Laß alles ruhig auf sich beruhen, wie bisher, sage ihr nichts. Versprich es mir."

„Ich kann nicht, ich kann nicht, schluchzte das Mädchen.

„Du liebst mich?" fragte er so scharf und beinahe zornig, daß sie erschreckt zusammenfuhr und ängstlich flüsterte: „Ja gewiß, aber meine Pflicht gegen Tante Helene —"

„Ist Eines, und die Pflicht gegen Dich selber und mich ist etwas Anderes und Wichtigeres. Cäcilie, ich werde nie auf Dich verzichten. Sei stark und treu und wir werden alle Schwierigkeiten überwinden."

Und unter dem Zwang seines stärkeren Willens und stolz auf seine Kraft und Zuversicht zögerte sie nicht länger, es ihm zu versprechen. In seiner Nähe und unter seinem Einfluß fühlte sie sich stark und tapfer.

„Vergiß nicht," sagte er dann, ehe sie ihn verließ, „ich werde niemanden zwischen uns kommen lassen, und lieber alles tun und erdulden, als in unsere Trennung willigen." Und während sie dann sich entfernend seinen Blicken entschwand, sah er ihr stirnrunzelnd nach und flüsterte vor sich hin: „Sie ist schwach, ich selber muß irgend etwas in der Sache tun, aber was?"

2. Kapitel.

Am Freitag Abend.

Beinahe eine Woche später, am Freitag Abend, erwartete Frau von Foerster die Ankunft ihres Neffen. Es war der 20. September, ein Tag, den sie nie vergessen sollte. Schon um die Mittagstunde erhielt sie ein Telegramm mit der Nachricht, daß er mit dem Kurierzug unterwegs sei und am Abend einträfe, und so bestand kein Zweifel daß sie sich heute noch wiedersehen würden Ihre freudige Erwartung wurde jedoch durch die Gedanken an die seiner harrenden Enttäuschung getrübt. Seit der Unterredung am Sonnabend Morgen hatte Cäcilie ihrer Tante gegenüber des Vetters nicht wieder erwähnt, und auch die letztere hatte von ihm geschwiegen. Durch tausenderlei kleine Freundlichkeiten und Aufmerksamkeiten suchte Cäcilie die Liebe und Dankbarkeit, die sie für ihre Tante empfand, zum Ausdruck zu bringen, aber vergebens wartete die letztere auf irgend ein Wort oder Zeichen, daß ihre Nichte sich dem Willen beugen würde.

An diesem Abend blieb Cäcilie auf ihrem Zimmer, damit ihre Tante Vetter Karl allein begrüßte und ihn davon unterrichtete, daß sie sich nicht mit ihm verloben wollte, und Frau von Foerster, der diese Absicht klar war, verlor darüber kein Wort weiter. Allein und einsam erwartete sie ihren Neffen in ihrem reizenden Bousoir. Ungeduldig blickte sie immer wieder auf die große Standuhr. Es würde noch Stunden lang dauern, bis er einträfe, und vor Ungeduld und Erregung vermochte sie die Zeit des Wartens kaum noch zu ertragen.

Unterdessen ging das lebendige Treiben auf dem Bahnhof Friedrichstraße seinen gewohnten Gang, und als endlich der Kurierzug in der Tageshelle der elektrischen Bogenlampen einlief, stiegen zwar viele Reisende aus, jedoch Karl von Foerster wär nicht unter ihnen so daß seine Tante lange über die Zeit hinaus auf ihn warten mußte. Auf der folgenden Station Alexanderplatz leerte sich der Zug beinahe gänzlich, aber unter den wenigen Reisenden, die dort noch ausstiegen, befand sich Karl von Foerster nicht. Endlich langte der Zug auf der Schlußstation des Schlesischen Bahnhofes an, und ehe die Wagen ausrangiert wurden, wanderte noch ein Beamter mit einer Laterne in der Hand die Wagen entlang, um sich zu überzeugen, ob noch irgend etwas in den Abteils vergessen läge. Etwa in der Mitte des Zuges kam er an ein Abteil erster Klasse, in welchem zu seiner Ueberraschung in der entfernten Ecke noch ein Herr still und regungslos — offenbar eingeschlafen — saß. Der Beamte rief ihn an, erhielt aber keine Antwort. Erstaunt ließ er das Licht der Laterne auf das Gesicht des so fest Schlafenden fallen und wich dann erschreckt zurück mit jenem seltsamen Grauen, welches die Lebenden stets empfanden, wenn sie sich unerwartet in der Nähe eines Toten befinden. Aber er faßte sich sofort wieder, blickte noch schärfer hin und sah ein starres, leichenblasses Gesicht mit offenen Augen, die ihn unverwandt anzublicken schienen, dann streckte er ängstlich seine Hand aus und berührte die Stirne des Fremden — sie war kalt wie Eis.

„Tot!" murmelte er vor sich hin, verließ das Abteil und rief einen der vorübereilenden Schaffner an: „Laßt sofort einen Polizisten kommen."

„Was ist geschehen?"

„Mord, oder ich müßte mich sehr irren."

„Mord?" rief der Andere überrascht und eilte auf das Abteil zu, um sich selbst zu überzeugen.

„Halt, tun Sie lieber, was ich Ihnen sage," erwiderte der erste, schlug die Wagentür zu und stellte sich davor.

Unterdessen hatte sich schon eine Ansammlung von Neugierigen gebildet und bald drängte sich ein Polizeiwachtmeister sowie ein Kriminalbeamter durch die Menge.

„Was ist?" fragte der erste rauh.

„Er ist ganz tot, Herr Wachtmeister," berichtete der Beamte, die Tür öffnend, „und ich ließ ihn ganz so, wie ich ihn fand."

Der Wachtmeister warf einen Blick in das Wagenabteil und befahl zwei Polizisten, die sich inzwischen auf seinen Befehl eingefunden hatten, die Neugierigen fortzutreiben. Dann trat er, von dem Kriminalbeamten gefolgt, in das Abteil. Sobald sie sich in der Nähe des Toten befanden, bemerkten sie einen beinahe erstickenden Geruch von Chloroform.

(Fortsetzung folgt!)

sunken, ihre Abonnentenzahl um 48 Prozent von 1488000 auf 763000. Eine Parteikorrespondenz, die seit Ende 1914 erscheint, hat eine Auflage von 13000 Exemplaren.

Der letzte sozialdemokratische Parteitag hat im September 1913 in Jena stattgefunden. In seinen Schlußwort erklärte damals der Vorsitzende Ebert mit Genugtuung, daß die Hoffnung der Gegner auf Selbstzerfleischung der Sozialdemokratie bitter enttäuscht worden sei. Heute aber gibt es drei oder vier sozialdemokratische Parteien in Deutschland, die einander zerfleischen.

Die wirtschaftliche Lage der Beamten.

Von Carl Delius.

Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Unter den wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Krieges hat von allen Bevölkerungskreisen die Beamtenschaft als Ganzes betrachtet am meisten zu leiden. Zu Anfang des Krieges um ihre gleichbleibenden festen Einkünfte beneidet, wurde die wirtschaftliche Lage mit der langen Kriegsdauer immer schwieriger, und bei anhaltender und weiter wachsender Kriegsteuerung kann nur eine durchgreifende Hilfe des Staates die Beamtenschaft vor dem völligen Zusammenbruch retten. So ein Beamtenhaushalt basierte in den weitaus meisten Fällen immer schon nur auf den Einnahmen der Besoldung. Schlecht und recht suchte man damit auszukommen, Wohl kaum eine Beamtenklasse konnte mit dem Gehaltseinkommen mehr als ein bescheidenes Leben führen. Die Einkünfte gestatteten jedenfalls die Ansammlung größerer Vermögen nicht. In vielen Familien war schon vor dem Kriege Schmalhans Küchenmeister. Daß die Lage nun durch die große Teuerung für die Beamten trostlos geworden ist, bedarf keines Beweises. Wozu da noch viele Zahlen als Beweis anzuführen, wo Tatsachen reden. Die Beamten sind tief verschuldet. Das wissen auch die Behörden selbst. Die Regierung hat der Not der Beamten nicht rechtzeitig gesteuert. Erst auf Drängen der Volksvertreter geschah überhaupt etwas. Mit Recht bescheidenen Hilfsmaßnahmen wurde begonnen. Nur ein Bruchteil der Beamten merkte etwas davon. Durch die schnell zunehmende Teuerung wurden weitere Erhöhungen nötig und der Kreis der Beteiligten erweitert. Aber wirklich fühlbar wurden die Kriegsbeihilfen erst vom 1. April d. Js. ab. Da erhielt der größte Teil der Beamten die monatlichen Beihülfen. Die Aufwendungen für Reich und Staat bezifferten sich auf 150 Millionen. Für den Laien eine kleine Summe, aber für die mehr als eine halbe Million starke Beamtenschar nicht besonders merkbar. Dem Notstande unter den Beamten konnte damit nicht wirksam gesteuert werden, zumal die Teuerung sich weiter verschärfte. Durch die einmalige Teuerungszulage schloß man ein Loch, die wachsenden, viel größer werdenden Ausgaben rissen neue auf. Bei der hohen wirtschaftlichen und nationalen Bedeutung des Beamtentum mußten alle in Betracht kommenden Faktoren bestrebt sein, dem Niedergang dieses Volksteiles vorzubeugen. Dazu waren nur großzügige eidliche Maßnahmen geeignet.

Reichs- und Staatsregierung glauben jetzt durch die vom 1. September ab rückwirkend bis 1. Juli bewilligten außerordentlichen Teuerungszulagen dem Notstande wirksam zu steuern. Nun wäre es höchst ungerecht, bestreiten zu wollen, daß durch die Zulagen den Beamten eine große Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht wird. Sind es doch recht ansehnliche Beträge, die jetzt neben den schon gewährten und weiter bestehen bleibenden Kriegsbeihilfen gezahlt werden. Die Beamten rechnen dem früheren Finanzminister Lentze diese letzte Arbeit zu ihrem Wohle durchaus an. Nur können sich namentlich die unteren Beamten nicht mit der Bemessung der Teuerungszulagen einverstanden erklären. Es ist in der Tat nicht recht einzusehen, weshalb hier ganz neue Bahnen eingeschlagen werden. Das soziale Moment bei den Kriegshilfsmaßnahmen für die Beamten, was mit vieler Mühe von den Abgeordneten der verschiedensten Parteien zum Ausdruck gebracht war, ist jetzt wieder völlig außer Acht gelassen worden. Man hätte in Regierungskreisen wissen sollen, daß gerade diese soziale Regelung sich des Beifalls der großen Masse der Beamten erfreute. Warum nun den für die Kriegszeit so glücklich gewählten Grundsatz mit dem alten Schema der Beamtenbesoldung wieder vertauschen? Es läßt sich doch nicht bestreiten, daß im Zeichen der gleichmäßigen Zumessung und der einheitlichen Preisfestsetzung fast aller Nahrungsmittel u. sehr vieler Gebrauchsartikel jeder Kopf, ob unterer oder höherer Beamter, gleichmäßig betroffen wird. In der Natur dieser Regelung liegt es, daß die Familien mit geringerem Einkommen und starker Kopfzahl vielmehr Aufwendungen zu machen haben und härter betroffen werden, als die Kreise mit größerem Einkommen. Wenn die bisherigen Maßnahmen deshalb davon ausgingen, die kleinen Einkommen und die großen Familien in erster Linie zu berücksichtigen, so war das nur recht und billig. Die wenigen Eigennützigen, die dagegen ankämpften, fanden kein Echo in der Beamtenwelt. Das jetzige Vorgehen der Regierung findet deshalb weder in der Beamtenschaft, noch in der Volksvertretung kaum ein Stütze. Ich für mein Teil muß sagen, daß hier die Regierung nicht gut beraten war. Man kann ruhig dem Bedauern Ausdruck geben, daß die Regierung, ohne sich mit dem Parlament ins Benehmen zu setzen, diesen Schritt fernab vom bisherigen Wege getan hat.

Die Verteilung nach den Tarifklassen, wie sie jetzt erfolgt, bevorzugt nicht nur die höher besoldeten Beamten, sondern stellt auch die bevölkerungspolitischen Gesichtspunkte völlig auf den Kopf. Man wird schon anerkennen müssen, daß Teuerungszulagen für Beamte bis zu 13000 Mark nicht unbedingt nötig sind. Zugegeben, daß auch die Einkommen von mehr als 10000 Mark, die jetzt zum ersten Male berücksichtigt werden, die Kriegsteuerung verspüren, wird doch keiner behaupten können, daß es gerecht wirkt, wenn diesen Beamten, denen meistens neben ihrem Gehalte noch ganz bedeutende Beträge an Reisekosten und dergleichen zufließen, nun ein Betrag von 900 Mark zugebilligt wird, während man einem Unterbeamten mit 1200 Mark nur 360 Mark, einem mittleren Beamten mit einem Einkommenssatz von 2500 Mark 540 Mark gewährt. Selbst unter Hinzurechnung der jetzt gewährten Kriegsbeihilfen beträgt das Gesamteinkommen des angeführten Unterbeamten mit drei Kindern 2316 Mark, des mittleren 3778 Mark und des Ober-Beamten mit 7800 Mark Gehalt bei drei Kindern 9132 Mark. Dem unteren fließen demnach außergewöhnlich zu 1116, dem mittleren 1278 und dem höheren 1332 Mark. Bei größerer Kinderzahl verschiebt sich die Summe naturgemäß immer mehr zu Gunsten der größeren Beamteneinkommen. Ob die Regierung, die doch immer die bevölkerungspolitischen Grundsätze in den Vordergrund während des Krieges schob, sich die Wirkung klar gemacht hat, muß beinahe bezweifelt werden. Jedenfalls schafft sie mit dieser Art der Regelung keine Zufriedenheit innerhalb der Beamtenschaft. Hier zeigt sich einmal wieder die mangelhafte Fühlung zwischen Regierung und Parlament. Die Abgeordneten, welche in enger Fühlung mit der Beamtenschaft stehen, würden einen besseren Rat erteilt haben. Bei dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses wird man die Regierung auf die Mängel der Neuordnung aufmerksam machen müssen und ihr zu sagen haben, daß auch den besser besoldeten Beamten die Zulagen nicht verkürzt zu werden brauchen, wenn in erster Linie wieder der soziale Gesichtspunkt in den Vordergrund geschoben und denen reichlich gegeben wird, die jetzt der Menschheit ganzen Jammer spüren müssen. Auf die paar Millionen mehr oder weniger kommt es nicht an, wenn sie dafür Not und Elend zu hemmen vermögen. Wie die Staats- und Reichsregierung für die Arbeiter in den Staatsbetrieben gesorgt hat, (eine Fürsorge, die allerdings noch keinen annähernden Ausgleich für die Löhne der Privatarbeiter schafft) so mag sie auch die Lage der gering besoldeten unteren und mittleren Beamten bessern. In diesem Zusammenhang wirkt eine Gegenüberstellung der Steigerung des Einkommens eines Unterbeamten während des Krieges mit 67 Prozent (Durchschnittseinkommen 1650 und 1116 bei drei Kindern) mit demjenigen eines Arbeiters (nach den neuesten Ermittelungen im Reichsarbeitsblatt bis Ende September 1916) mit 146 Prozent. Zieht man die Grenze bis Ende September dieses Jahres, so wird sicher eine weitere Steigerung um 30 bis 40 Prozent erreicht sein. Mit anderen Worten: Der Arbeiter hat bei seinem Einkommen die dreifache Zunnahme als der Unterbeamte erfahren.

Daß bei der Neuregelung die im Ruhestand befindlichen Beamten wiederum völlig vergessen sind, ist tief bedauerlich. Ihrer hätte man unter allen Umständen gedenken müssen. Bei ihnen ist die Not besonders groß. Viele Tausende haben noch Einkommen unter 1200 und 1500 Mark. Da muß der Staat seine Hand auftun. Das Abgeordnetenhaus wird auch hier nach dem Rechten sehen und endlich den alten ergrauten Beamten den schwer erkämpften Lebensabend erleichtern müssen.

Zu wünschen bleibt, daß auch die Teuerungsmaßnahmen für die Lehrer recht bald zur Durchführung gelangen, damit sie nicht wieder das Aschenbrödel abzugeben haben. Auch den Gemeindebeamten müssen dieselben Wohltaten wie den Staatsbeamten gewährt werden.

Von den Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei kann die Beamtenschaft wie bisher, so auch in Zukunft die tatkräftige Unterstützung berechtigter Forderungen erwarten.

Deutsches Reich.

Die preußische Wahlrechtsvorlage.

ist wie wir erfahren, in den zuständigen Ministerien so weit vorbereitet, daß schon in den nächsten Tagen die Parteiführer des preußischen Abgeordnetenhauses über ihren Inhalt vertrauliche Mitteilungen erhalten werden. dann werden noch vor dem Zusammentritt des Landtags (9. Oktober) auch die einzelnen Fraktionen Gelegenheit erhalten, die Vorlage einer ersten Prüfung zu unterziehen und sich bis zur Veröffentlichung ein eigenes Urteil zu bilden. Der Gesetzentwurf baut im Großen und Ganzen das neue preußische Wahlrecht auf den Grundlagen des Reichstagswahlrechts auf. Mit ihm verbunden wird eine zweite Vorlage über die Neugestaltung des preußischen Herrenhauses. In den Kreisen der preußisen Landtagsabgeordneten herrscht noch immer die Meinung vor, daß die Beratung und schließliche Annahme der Wahlrechtsreform ohne schwere innere Erschütterungen, wenn auch nicht ohne aufregende parteipolitische Auseinandersetzungen durchgeführt werden kann. Es wird angenommen, daß die erste Lesung der beiden Reformgesetze gleich zu Beginn der neuen Session im Oktober in Angriff genommen wird. Dann dürfte sich eine längere Beratung im Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses notwendig machen, von deren Verlauf es abhängen wird, ob noch in diesem Jahre die Zweite preußische Kammer das Werk vollenden kann. Im Herrenhause wird mit einer weit schnelleren Erledigung bei der Vorlagen zu rechnen sein.

Klagen über Gewerkschaftsbeamte.

In der „Sozialen Praxis" wird in einem Artikel „Freier Arbeitsvertrag oder militärischer Arbeitszwang?" Klage geführt über manche Gewerkschaftsbeamte in heutiger Zeit.:

„Wir wollen garnicht verhehlen, daß wir den Eindruck haben: nicht alle Gewerkschaftsfunktionäre draußen in der Provinz tun in der gegenwärtigen Lage ihre volle Pflicht und Schuldigkeit. Während die Zentralbeamten fest und unverrückbar an der Politik des 4. August 1914 mit all ihren politischen und gewerkschaftlichen Konsequenzen festhalten, gibt es in den Gauen und Ortsverwaltungen eine Reihe von Beamten, die noch glauben, der radikalen Woge durch eine Rechnungträgerei und Anpassung Herr werden zu können; die, wenn auch manchmal aus ganz ehrenwerten Motiven, an ihrem Posten kleben und darum den klaren Mut vermissen lassen, der die Massen allein überzeugen konnte. Diese Unterführer sind gefährlicher als sie es selbst ahnen. Ihre schwankende Gesinnung vermehrt das Uebel eines ungesunden Radikalismus, statt ihm zu steuern. Alle Erfahrung hat gezeigt, daß nur starke, ententschlossene Führer die Massen hinter sich behalten; gerade die Entwicklung der sozialdemokratischen Parteispaltung zeigt es mit eindringlicher Deutlichkeit aufsneue. Wer um die Massen buhlt, wird bald ihr Gefangener."

Zum Schluß meint die „Soziale Praxis, daß die Autorität der Gewerkschaftsführer gestärkt worden wäre, wenn die Reichsregierung ihnen mehr unzweideutige Erfolge in die Hände gegeben hätte, als es tatsächlich geschehen ist. Die „Soziale Praxis" weist im Zusammenhang damit hin auf die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, den koalitionsrechtsfeindlichen Erpresserparagraphen die Arbeitskammern und den Ausbau des Einigungswesens. Nicht einer dieser Wünsche sei erfüllt.

Die „Kreuz-Zeitung" gegen Heydebrand.

„Kreuz-Zeitung" und Deutsche Tageszeitung", also die beiden Führer der konservativen Abg. von Heydebrand am nächsten stehenden Organe wenden sich gegen die Gefahr, die in der Verbreitung der Ansicht liege, daß der Krieg im Herbst sein Ende finden werde. Auch der Reichskanzler Dr. Michaelis hat in seiner ersten und bisher einzigen Reichstagsrede am 19. Juli von „voreiligen Propheten", welche die Erwartung verbreitet hätten, daß mit Hilfe der U-Bootwaffe der Krieg zu einer bestimmten Zeit zu Ende sein würde, gesagt: „Sie haben dem Vaterlande keinen Dienst erwiesen." Zu diesen voreiligen Propheten gehört in erster Reihe Abg. von Heydebrand. Er hat schon im Frühjahr einen Termin für die Beendigung des Krieges infolge des U-Bootskrieges vorausgesagt und sich dabei auf einen Admiral berufen, Abg. von Heydebrand hat auch am 2. September vor seinen Wählern in Militsch wieder erklärt: „Meine Ueberzeugung ist die, daß über diesen Winter hinaus, vielleicht sogar über dieses Jahr hinaus der Krieg nicht dauern kann. „Wenn „Kreuz-Zeitung" und „Deutsche Tageszeitung" jetzt also zur Abwendung der Gefahr durch Nachrichten über das Ende des Krieges rufen: Aufklärung tut not!, so sollten sie sich in erster Linie ihres Freundes Heydebrand annehmen.

Wo steht der innere Feind.

Eine Versammlung des Alldeutschen Verbandes in Berlin hat es in der vorigen Woche nach einem Vortrage des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Baemeister fertig gebracht, in einer Resolution gegen die Reichstagsmehrheit vom 19. Juli zu sagen: „Hierzu scheint uns vor allem die Bekämpfung der allzu stark gewordenen inneren Feinde, wer immer sie sein mögen, notwendig .... Ein fester Griff mit eiserner Faust tut not, aber der wird auch hier Wunder wirken." — Zu Beginn des Krieges durfte unter dem Eindruck des Geistes vom 4. August damit gerechnet werden, daß die niederträchtige Kampfesweise aus der Buttkamer-Zeit, in der einzelne Parteien als Parteien als Agenten des Auslandes bezichtigt, in ihrer nationalen Gesinnung verdächtigt und als innerer Feind gebrandmarkt wurden, auf immer beseitigt sein würde. Die Vorgänge der letzten Tage haben diese Hoffnung vernichtet. Mit größerem Recht als die Reichstagsmehrheit könnte der Alldeutsche Verband heute als innerer Feind gekennzeichnet werden.

Der weitere Ausbau des polnischen Staatswesens.

T. U. Berlin, 15. September. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht soeben einen Erlaß der beiden Generalgouverneure an die geschäftsführende Kommission des polnischen Staatswesens. Der Veröffentlichung geht folgender kaiserlicher Erlaß an den Generalgouverneur in Warschau voran:

Mein erlauchter Bundesgenosse, Se. K. K. apostolische Majestät, und ich haben uns zu einem weiteren Ausbau des polnischen Staatswesens, für das wir durch die Proklamation vom 5. November 1916 den Grund gelegt haben, entschlossen. Der harte Kriegszustand gestattet leider noch nicht, daß ein König die alte polnische Krone zu neuem Glanz erweckt, und daß eine aus allgemeinen und unmittelbaren Wahlen hervorgegangene Volksvertretung ihre Beratungen zum Wohle des Landes aufnimmt. Dagegen wollen wir schon jetzt die Staatsgewalt in der Hauptsache in die Hand der Nationalvertretung legen, indem mit der Wahrnehmung der Rechte und der Interessen des Volkes ein neuer erweiterter Staatsrat beauftragt werden soll. Den Okkupationsmächten werden in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Anträgen der Vertrauensmänner des Landes nur jene Befugnisse vorbehalten, die der Kriegszustand erfordert.

Ich hoffe, daß dieser neue auf der Bahn der Entwicklung eines selbständigen polnischen Staates getane Schritt sich in seiner weiteren Auswirkung als segensreich erweisen, und dazu führen wird, daß das durch die russische Herrschaft solange in seiner freiheitlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gewaltsam zurückgehaltene Land durch die eigene Kraft seiner Bürger und in dem freien selbstgewählten Anschluß an die in treuer Freundschaft zu ihm stehenden Mittelmächte einer friedlichen und gesegneten Zukunft entgegengehen.

Demgemäß beauftrage ich Sie, das angeschlossene Patent betr. Staatsgewalt im Königreich Polen gemeinsam mit dem K. K. Militärgouverneur in Lublin zu erlassen.

Großes Hauptquartier, 12. September 1917.

gez. Wilhelm I. R.

An meinen Generalgouverneur in Warschau, General d. A. v. Beseler.

Erlaß der beiden Generalgouverneure an die geschäftsführende Kommission des polnischen Staatsrates.

Die Regierungen des deutschen Reiches und von Oesterreich-Ungarn haben die Vorschläge des Provisorischen Staatsrates vom 3. 7. 17 über die vorläufige Organisation der polnischen Obersten Staatsbehörden ihren Herrschern unterbreitet. Hierauf haben Ihre Majestäten, der deutsche Kaiser und der Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn uns beauftragt, daß anliegende Patent zu erlassen, das für die vorläufigen verfassungsmäßigen Einrichtungen des polnischen Staates die Grundzüge festlegt. Die verbündeten Regierungen sehen in einem Regentschaftsrat ein geeignetes Mittel, nicht nur den polnischen Staatswesen eine allgemeine anerkannte Vertretung zu geben, sondern auch die künftige Monarchie vorzubereiten. Denn der Regentschaftsrat gilt bis zur Berufung des Staatsoberhauptes, als oberster Vertreter des polnischen Staates und übt unter dem Vorbehalt der völkerrechtlichen Stellung der Okkupationsmächte die Rechte des Staatsoberhauptes aus.

Die erste Aufgabe des Regentschaftsrates wird die Berufung eines Ministerpräsidenten sein, den zu bestätigen die verbündeten Mächte sich vorbehalten. Der Ministerpräsident wird unverzüglich alle erforderlichen Schritte unternehmen, um in den Verwaltungszweigen die der polnischen Staatsgewalt überlassen sind, die Organisation der Ministerien zu verwirklichen und die Organisation der polnischen Staatsbehörden auch im übrigen durch Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden zum Abschluß zu bringen. Um den Wünschen u. Interessen aller Kreise des polnischen Volkes eine Vertretung zu sichern, soll der Staatsrat in neuer erweiterter Gestalt und mit vermehrten Rechten wieder aufleben. Er ist der Vorläufer des polnischen Landtages. Seine Aufgabe liegt auf dem Gebiete der Gesetzgebung, während die Verordnung vom 26. 11 (1. 12) 1916 dem provisorischen Staatsrat nur eine beratende Stimme einräumt, soll dem Staatsrat auf dem legislativen Gebiete eine beschließende Stimme zustehen. Es wird von dem Regentschaftsrat die Sitzungsperiode einberufen. Die Gesetze des Staatsrates und die Prärojative der Okkupationsmächte sind zum Patent näher beschrieben.

Die verbündeten Mächte vertrauen, daß der hiermit in Verwirklichung des Aktes vom 5. 11. 16 eingeleitete weitere Ausbau des polnischen Staates die tätige Anteilnahme finden wird. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß die über alle Einzelheiten der Organisation noch zu führenden Verhandlungen einen raschen Verlauf nehmen und daß die weitere künftige Entwickelung der Verhältnisse dazu führen wird, die Regierungsgewalt in fortschreitendem Maße in die polnischen Hände zu legen.

Patent vom 12. 9. 1917, betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen:

Art. 1. 1).: Die Oberste Staatsgewalt im Königreich Polen wird bis zu ihrer Uebernahme durch einen König oder Regenten unter Wahrung der völkerrechtlichen Stellung der Occupationsmächte einem Regentschaftsrat übertragen. 2). Der Regentschaftsrat besteht aus drei Mitgliedern, die von den Monarchen der Okkupationsmächte in ihr Amt eingesetzt werden. 3). Die Regierungsakte des Regentschaftsrates bedürfen der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministerpräsidenten.

Art. 2. 1). Gesetzgebende Gewalt wird vom Regentschaftsrat unter Mitwirkung des Staatsrates, des Königreichs Polen nach Maßgabe dieses Patentes und der hiernach zu erlassenden Gesetze ausgeübt. 2). In allen Angelegenheiten, deren Verwaltung der polnischen Staatsgewalt noch nicht überlassen sind, können gesetzgeberische Anträge nur mit Zustimmung der Okkupationsmächte im Staatsrat verhandelt werden. In dieser Angelegenheit kann neben den nach Ziffer 1 berufenen Organen des Königreiches Polen bis auf weiteres auch der Generalgouverneur, jedoch nur nach Anhörung des Staatsrates Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Außerdem kann der Generalgouverneur zur Wahrung wichtiger Kriegsinteressen die unabweislich notwendigen Anordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, sowie ihre verbindende Kundmachung und Durchführung auch durch Organe der polnischen Staatsgewalt verfügen. Die Verordnungen des Generalgouverneurs können nur auf dem selben Wege, auf dem sie erlassen sind, aufgehoben oder abgeändert werden. 3). Gesetze sowie Verordnungen der polnischen Staatsgewalt, die Rechte und Pflichten für die Bevölkerung begründen sollen, müssen dem Generalgouverneur der Okkupationsmacht, in dessen Verwaltungsgebiet sie in Kraft treten sollen, vor ihrer Erlassung zur Kenntnis gebracht werden und könne nur binden Kraft erlangen, wenn dieser nicht dagegen innerhalb 14 Tagen nach Vorlage Einspruch erhebt.

Art. 3: Der Staatsrat wird nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes gebildet, das der Regentschaftsrat mit Zustimmung der Okkupationsmächte erläßt.

Art. 4: Die Aufgaben der Rechtssprechung und Verwaltung werden, soweit sie der polnischen Staatsgewalt überlassen sind, durch polnische Gerichte und Behörden im übrigen für die Dauer der Okkupation durch die Organe der Okkupationsmächte ausgeübt. 2) Der Generalgouverneur kann in Angelegenheiten die die Rechte od. Interessen der Okkupationsmacht berühren die, Ueberprüfung der Gesetz- oder Rechtmäßigkeit von Entscheidungen und Verfügungen der polnischen Gerichte oder Behörden im gesetzmäßigen Instanzenzug veranlassen und bei der Schöpfung des Urteils oder der Entscheidung im oberster Instanz die betreffenden Rechte oder Interessen durch einen Vertreter geltend machen.

Art. 5: Die völkerrechtliche Vertretung des Königreichs Polen und das Recht zum Abschluß internationaler Vereinbarungen können von der polnischen Staatsgewalt erst nach Beendigung der Okkupation ausgeübt werden.

Art. 6: Dieses Patent tritt mit der Einsetzung des Regentschaftsrates in Kraft.

gez. von Beseler. gez. von Szeptycki.

Ein Jubiläum der Volksschule.

Von einem Schulmann wird uns geschrieben:

Die preußische Volksschule feiert in diesem Monat ein Jubiläum. Man wird freilich nirgends in der Stimmung sein, dieses Jubiläum durch besondere Festlichkeiten zu gedenken. Aber doch ist es ein Erinnerungstag, der gerade in diesem Kriege einmal erwähnt zu werden verdient. Denn daß wir Deutsche, eine auf dem Globus so verschwindende Minderzahl gegenüber einer Welt von Feinden, uns siegreich zu behaupten vermögen, das verdanken wir eben doch zu einem großen Teile unserer Bildung, und zwar nicht nur jener wissenschaftlichen Bildung allein auf den höchsten Höhen der Nation, da, wo die feinen Waffen der modernen Technik geschmiedet werden; sondern auf jener gesunden kräftigen Durchschnittsbildung, die unser Volk als Ganzes geeignet macht, mit jenen Werkzeugen umzugehen, den Sinn des großen Ringens zu begreifen, dem Feinde gegenüber durch geistige Kraft zu ersetzen, was an Zahl und Stoff fehlt. Und solche Bildung hat uns die Volksschule gegeben, mit deren Einrichtung und allgemeiner Durchführung Deutschland ebenso anderen Völkern vorangegangen ist, wie auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Und letzten Endes, ist ja auch die Volksschule nichts anderes als eine Schöpfung und zugleich ein Werkzeug sozialen Geistes. Das von bornierten Scheindemokraten so verschriene deutsche Volk hat eben in Wirklichkeit von jeher sozialen Geistes, volksfreundlicher Einrichtungen und geistiger Freiheit mehr als sie alle ahnen, die da jetzt meinen, uns ans Gängelband nehmen zu müssen.

Dieses ganze Jahr ist als Erinnerungsfeier der Reformation auch für die Schule ein Jubiläumsjahr. Denn einerlei, wie hoch oder niedrig man den Einfluß der Reformation auf das Schulwesen einschätzen will, daß er gewirkt hat, daß mit der Reformation eine klarere Anerkennung wie aller irdischen Arbeit so auch der geistigen Betätigung und Erziehung, in die Welt einzog, das unterliegt keinem Zweifel. Das besondere Jubiläum der preußischen Volksschule aber ist die Erinnerung an jenen 28. September 1717, an dem die Verordnung Friedrich Wilhelms des Ersten, des Soldatenkönigs erging, durch welche in seinen Landen die Schulpflicht allgemein wurde. Da heißt es: „daß künftig an den Orten, wo Schulen seien, die Eltern bei nachdrücklicher Strafe gehalten sein sollen, ihre Kinder gegen zwei Dreier wöchentliches Schulgeld von einem jeden Kinde, im Winter täglich und im Sommer, wenn die Eltern der Kinder bei ihrer Wirtschaft benötigt seien, zum wenigsten ein oder zweimal die Woche, damit sie dasjenige, was im Winter erlernet worden, nicht gänzlich vergessen mögen, in die Schule zu schicken. Falls aber die Eltern das Vermögen nicht hätten, so wollen wir, daß die zwei Dreier aus jedes Ortes Almosen bezahlt werden sollen." Damit war das Fundament gelegt, auf welchem nachher Friedrich der Große weiterbauen konnte. So entstanden überall die Volksschulen und Friedrich des Großen Zeit fügte die Lehrerbildungsanstalten hinzu.

Gewiß, der Soldatenkönig sah die Ziele der allgemeinen Volksbildung noch in einem eng begrenzten Programm. Gute Christen wollte er und gute Soldaten. Und mit den Mitteln einfachster Belehrung und strengster Disziplin sollte dies Ziel erreicht werden. Wie hat sich inzwischen das Volksschulwesen ausgebreitet und als wieviel verwickelter hat sich die Aufgabe der staatlich geleiteten allgemeinen Jugenderziehung dann schließlich doch erwiesen im Vergleich zu den Absichten der ersten Begründer. Auch Luther hat ja in seiner Vermahnung an die Bürgermeister und Ratsherrn der Städte sich die Einrichtung der Schule noch so einfach gedacht, daß mit je ein oder zwei Stunden am Tage ihre Aufgabe gelöst werden könnte. Aber die Hauptsache war vor allem einmal der Gedanke, ein gewisses Maß von Bildung zur Pflicht zu machen. Das ist die deutsche Demokratie des Pflichtbewußtseins, während man in anderen Ländern in erster Linie immer nur die Demokratie der Ansprüche und der Menschenrechte ins Auge faßte. Schließlich gehört beides, Pflicht und Recht zum Begriff der Demokratie, aber sicher ist, daß die

demokratisierung der Pflichten zunächst wichtiger ist, weil sie allein als starkes Fundament später die Rechte eines ganzen Volkes tragen kann. So dürfen wir auch Deutschlands Neuorientierung nur deshalb und nur dann mit gutem Vertrauen entgegensehen, wenn jenes Fundament des Pflichtbewußtseins und mit ihm auch jene allgemeine Pflicht tüchtiger Bildung erhalten bleibt.

Der Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren.

WTB. Berlin, 13. Sept. Die „Nordd. Allgem. Ztg." bringt einen fünften Artikel für den Depeschenwechsel zwischen dem Deutschen Kaiser und dem ehemaligen Zaren von Rußland. Sie schreibt: In den Veröffentlichungen unserer Feinde über die Kaiserdepeschen ist auch eine Drahtung vom 20. August 1905 erwähnt, worin der Kaiser sich mit der russischen Duma und ihrem Einfluß auf die Friedensverhandlungen mit Japan beschäftigt.

Die Depesche hat folgenden Wortlaut:

Mein Botschafter meldet mir soeben, daß Du die Veröffentlichung des Dekrets befohlen hast, das die Einberufung der Großen Duma betrifft. Die Statuten seien in den Grundzügen unserem Staatsrat ähnlich, was ihr die Eigenschaft einer beratenden Körperschaft verleihe. Ich bitte Dich, meine wärmsten Glückwünsche zu diesem großen Schritte nach vorwärts in der Entwicklung Rußlands entgegenzunehmen.

Aus der Zeitung ersehe ich, daß im allgemeinen die Friedensverhandlungen befriedigend fortschreiten, aber daß einige Punkte vorliegen, die gewisse Schwierigkeiten für die Einigung bieten. Ehe Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden oder die Fortsetzung des Krieges triffst — die letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Endergebnis schwer vorauszusehen sind und unzählige Menschenleben, Blut und Geld kosten —, wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der Großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands.

Wenn Du Dich für den Frieden entscheidest, so bist Du durch das Volk ermächtigt, auf Grund der Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge Frieden zu schließen; wenn die Duma, also Rußland selbst, dessen Ehre für gewahrt hält, kannst Du Dein Schwert in die Scheide stecken mit den schönen Worten Franz I.: Alles ist verloren, außer der Ehre! Niemand in Deiner Armee, in Deinem Lager und in der übrigen Welt hat ein Recht, Dich für diese Handlung zu tadeln.

Wenn anderseits die Duma die Vorschläge für unannehmbar erachtet und die japanische Regierung sich weigert, auf einer anderen Basis zu verhandeln, dann wiederum ist es Rußland selbst, das durch die Stimme der Duma Dich, seinen Kaiser, auffordert, den Kampf fortzusetzen. Dadurch würde sie die volle Verantwortung für die gesamten Folgen auf sich nehmen und Dich ein für allemal vor der Welt und vor der Geschichte in Zukunft vor dem Vorwurf schützen, daß Du Tausende von vaterlandsliebenden Söhnen, ohne das Land zu fragen, oder gar gegen ihren Willen geopfert hättest.

Dies wird Deiner persönlichen Tat eine große Wucht und Kraft verleihen, da Du Dich durch den Willen der Gesamtheit Deines Volkes getragen fühlen wirst, das entschlossen ist, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, ohne Zeitaufwand, Verluste und Entbehrungen zu scheuen. Nur unter solchen Bedingungen läßt sich der Krieg ja fortsetzen.

Ich würde an Deiner Stelle nicht diese erste und günstigste Gelegenheit vorübergehen lassen, mit dem Empfinden und Wollen Deines Landes in bezug auf Krieg und Frieden enge Fühlung zu gewinnen, indem Du dem russischen Volke die langgewünschte Möglichkeit gibst, die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an dieser Entscheidung teilzunehmen, wozu es sein positives Recht hat. Du würdest auch der Duma sogleich eine gute Gelegenheit geben, zu arbeiten, zu zeigen, was sie vermag, und darzutun, ob sie die Erwartungen, die jeder auf sie setzt, erfüllt.

Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend, daß es ganz unmöglich ist für irgendeinen sterblichen Herrscher, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes. Möge Gott mit Dir sein!

Vergiß nicht die Beförderung der Linientruppen gegenüber der Garde. —

Es ist bezeichnend, daß unsere Feinde gerade diese Depesche nicht im vollen Wortlaut wiedergegeben, sondern sich damit begnügt haben, sie nur nebenbei zu erwähnen. Ihr Inhalt war ihnen anscheinend unbequem, weil er so ganz und gar nicht mit der Behauptung in Einklang gebracht werden kann, daß die deutsche Monarchie der Hort einer freiheitsfeindlichen und natürlichen Rechte des Volkes mißachtenden Willkürherrschaft sei.

Uns scheint gerade diese Depesche besondere Beachtung zu verdienen.

Wir haben erlebt, daß ein englischer Außenminister über die Köpfe nicht nur der Volksvertretung, sondern selbst über die seiner unmittelbaren Amtsgenossen hinweg mit fremden Mächten Vereinbarungen getroffen hat, die Großbritannien vor die Wahl stellten, entweder wortbrüchig zu erscheinen oder an einem blutigen Kriege teilzunehmen, für den in der Masse des Volkes gar keine Neigung vorhanden ist. Wir haben gesehen, wie Frankreich durch eine der Form nach demokratische, ihrem Wesen nach dagegen höchst selbstherrliche Regierung in den Dienst derselben britischen Weltpolitik hineingedrängt wurde, der es die schnell vergessene Demütigung von Faschoda verdankte, einer Politik, die zu allen Zeiten imperialistisch und in ihren Endzielen auch kriegerisch war. Wir haben weiter erlebt, wie die leitenden Männer dieses pseudodemokratischen Frankreichs das zaristische Rußland durch Milliardenanleihen zu immer stärkeren Rüstungen gegen das friedensfreundliche Deutschland angespornt haben, und wir konnten uns durch die Enthüllung des russisch-französischen Geheimvertrages und der die Aufteilung der Türkei bezweckenden feindlichen Pläne davon überzeugen, daß das Ziel dieser sorgsam eingefädelten Kriegspolitik auch noch im dritten Jahre des blutigen Völkerkampfes nicht etwa der Verteidigung, sondern der Machtgewinn auf Kosten fremder Rechte und fremder Freiheit war.

Der amerikanische Depeschendiebstahl

Abberufung des Grafen Luxburg.

⊙ London, 14. Sept. Privatmeldung. „Daily Chronicle" erfährt aus Buenos Aires: Luxburg habe eine Frist von 24 Stunden erhalten, um das Land zu verlassen. Er geht nach Chile.

WTB. Berlin, 14. Sept. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat heute die argentinische Gesandtschaft gebeten, auf telegraphischem Wege dem Grafen Luxburg nach Buenos Aires die Weisung zu übermitteln, nach Berlin zur mündlichen Berichterstattung über den durch die Veröffentlichung seiner Telegramme verursachten Zwischenfall zu kommen. Die argentinische Regierung ist dabei gebeten worden, freies Geleit für den Gesandten zu erwirken.

Die Kundgebungen in Buenos Aires.

⊙ Paris, 14. Sept. Privattelegramm. Agence Havas meldet aus Buenos Aires, daß dort bei Kundgebungen die Geschäftsräume der „Gaceta de Sidana", drei Gasthöfe und mehrere deutsche Buchhandlungen und Brauereien in Brand gesteckt worden seien.

⊙ Paris, 14. Sept. Privattelegramm. Agence Havas meldet aus Buenos Aires vom 13. September: Infolge der Veröffentlichung der amtlichen Bestätigung der Depeschen des Grafen v. Luxburg nimmt die Gärung zu. Die Feuerwehr und zahlreiche Polizeimannschaften beschützen die deutschen Gebäude, die deutsche Gesandtschaft, das Konsulat und den deutschen Klub. Mehrere Läden wurden geplündert; das Gebäude des deutschen Klubs wurde in Brand gesteckt. Eine Volksmenge griff die Geschäftsräume der Zeitung „Union" an. In Versammlungen verlangten die Sprecher den Bruch mit Deutschland. Der Ministerrat beschloß, die Entwickelung der Angelegenheit in Stockholm, Berlin und Washington abzuwarten, ehe er endgültig Stellung nimmt.

Verbot englischer Kabel für schwedische Chiffretelegramme.

TU. Haag, 24. Sept. Nach der „Times" erließ die britische Regierung ein Verbot für die Benutzung aller überseeischen, unter britischer Kontrolle stehenden Kabel für schwedische Chiffretelegramme, solange Schweden nicht sein Bedauern über die Vorgänge zeigt und nicht ein bindendes Versprechen abgibt, daß keine Wiederholung stattfinden werde.

Gegen die Ententehetze.

WTB. Berlin, 14. Sept. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die von der amerikanischen Regierung aufgefangenen und veröffentlichten Depeschen des Grafen Luxburg werden feindlicherseits auch weiterhin nach Kräften zu Hetzereien gegen Deutschland und Schweden benutzt. Alle Bemühungen können jedoch nichts an der Tatsache ändern, daß die Entente keinerlei Recht hat, entrüstet zu sein. Was den Inhalt der Depeschen betrifft, so gibt er lediglich persönliche Ansichten und Vorschläge des Gesandten wieder, die weder durch Instruktionen der deutschen Regierung angeregt, noch zu irgendwelchen Weisungen an den Gesandten zur Folge gehabt, noch endlich auf die Entschließungen der Regierung von Einfluß gewesen sind. Die Uebermittelung der Telegramme hat sich unter voller Wahrung der schwedischen Neutralität vollzogen. Der deutsche Gesandte hat das Recht, die guten Dienste Schwedens in demselben Umfange in Anspruch zu nehmen, wie dies auch seitens der Vereinigten Staaten geschehen ist. Die völkerrechtswidrige Abschnürung Deutschlands von dem überseeischen Nachrichtendienst macht die Benutzung solcher Vermittelungswege schlechthin zu einer Selbstverständlichkeit und kennzeichnet das in dieser Hinsicht von neutraler Seite gewährte Entgegenkommen nicht als Rechtsbruch, sondern im Gegenteil als ein korrektes Festhalten an den völkerrechtlich verbrieften Grundsätzen. Daß die schwedische Regierung von dem Inhalte der Depeschen keinerlei Kenntnis gehabt hat, versteht sich von selbst und ist auch von der Entente bisher nicht bestritten worden. Wo bleibt nun also der Grund zu der allgemeinen Entrüstung? Sie könnte sich doch höchstens gegen die Person des deutschen Gesandten richten. Ist aber gerade die Entente berechtigt, sich so entrüstet zu zeigen? Wer wie England, Persönlichkeiten von der Art des aus der Casement-Tragödie bekannten Herrn Findlay bis zum heutigen Tage für würdig erachtet, die Interessen ihres Vaterlandes im Auslande zu vertreten, der tate wahrlich besser, sich nicht über fremde Wortsünden zu entrüsten, und wer Taten wie den „Baralong"-Fall und den des „King Stephen" auf dem Gewissen hat, der sollte die Methoden der deutschen Seekriegführung erstens überhaupt mit großer Zurückhaltung kritisieren und sie zweitens nach wirklich geübter Praxis, nicht aber nach Ratschlägen beurteilen, die nie den geringsten Einfluß auf sie gewonnen haben. Unsere U-Bootkommandanten haben Instruktionen, die in der Achtung vor den Gesetzen der Menschlichkeit bis an die äußerste Grenze des militärisch Zulässigen gehen, und sie handeln auch nach diesen Weisungen, wie das eine Ueberfülle von Beispielen dartun kann. Das sollte angesichts der neuesten Ententehetze ebensowenig vergessen werden, wie die Tatsache, daß England und niemand sonst es war, das den U-Bootkrieg als eine von Deutschland ursprünglich nicht gewollte Notwehrmaßnahme heraufbeschworen und seine tatkräftige Durchführung erzwungen hat.

Schweden und der amerikanische Depeschendiebstahl.

⊙ Köln, 14. Sept. Der „K. Z." wird aus Berlin gedrahtet: Die schwedische öffentliche Meinung hat ziemlich einmütig die amerikanische sensationelle Enthüllung der Beförderung deutscher Depeschen durch die schwedische Regierung als das aufgefaßt, was sie in Wirklichkeit bedeuten soll: ein in Amerika nicht weiter wunderbares, in Schweden in solcher Skrupellosigkeit nicht übliches Manöver, um das schwedische Volk in ähnlicher Weise, wie es die Wilsonsche Friedensnote bei uns bezwecke, gegen seine Regierung aufzuheben und womöglich die jetzige Regierung zur Abdankung zu zwingen. In Amerika mögen solche Sensationen ziehen, in Schweden acht man in nordischer Art den Dingen auf den Grund. Und was bleibt da übrig? Eine Gemeinheit ohnegleichen. Der „famose amerikanische Nachrichtendienst" hat das Depeschengeheimnis der Gesandtschaft eines befreundeten Staates gröblich verletzt und herausgebracht, daß dieser Staat für Deutschland Depeschen vermittelt hat. Und die amerikanische Regierung, die diesen Staat selbst wiederholt als Vermittler für ihre Depeschen benutzt hat, gibt ihrer Erkenntlichkeit für diesen Dienst dadurch Ausdruck, daß sie seiner Regierung im geeigneten Moment in den Rücken fällt und ihr die Depeschenvermittlung als Völkerrechtsbruch vorwirft, wobei sie die eigenartige Methode befolgt, die Angelegenheit nicht wie üblich im Wege des diplomatischen Verkehrs zu verfolgen, sondern sie alsbald in sensationellster Weise an die große Glocke zu hängen. So sieht die Sache in den Augen jedes rechtlich Denkenden aus. Darum hat auch die schwedische Presse das von England mit großem Lärm unterstützte amerikanische Manöver im allgemeinen kühl zurückgewiesen. Nur das Blatt Herrn Brantings „Socialdemokraten", kann nicht umhin, darauf entgegenkommend zu reagieren. Es spricht von einem besonders gefährlichen Fleck auf dem Ansehen des gesamten schwedischen Landes. Ei, ei, Herr Brantina, sollte der Vorstoß des Verbandes so einladend gewesen sein, daß Sie unwillkürlich die Maske korrekter Neutralität, die Sie erst in der letzten Zeit vor den Wahlen anzulegen beliebten, ein wenig gelüftet haben? Oder durften Sie es nicht auf unterlassen, Ihren Freunden drüben in solchem Falle ein wenig Entgegenkommen zu zeigen? Oder glauben Sie, daß Sie angesichts des bisherigen Wahlergebnisses es schon unternehmen können, ein wenig Farbe zu bekennen? Wie dem auch sei, wir haben schon verschiedentlich darauf hingewiesen, wohin Herr Brantina, der seinerzeit nach Petersburg gegangen ist, um das Ende des Krieges zu verhindern, und dessen Neutralität wiederholt bedenkliche Formen angenommen hat, sein Streben richtet, und möchten dies auch bei dieser Gelegenheit feststellen.

Der Kampf gegen unsere Nerven.

Mit allen nur erdenklichen Mitteln sucht England das militärisch, trotz der vielfachen Uebermacht unserer Feinde nichts gegen uns erreichen kann, uns zu Boden zu werfen. Nach berühmten oder berüchtigten Mustern deren die Geschichte Englands reich genug ist, suchte man darum zunächst einmal, den festgeschlossenen Bund der Mittelmächte zu sprengen. Verleumdungen und Verhetzungen, Lockungen und Drohungen, alles versuchte man um zum Ziele zu gelangen, aber alles war umsonst. Alle Hoffnungen Englands, die Hoffnung auf die Aushungerung des deutschen Volkes auf innere Wirren und Verhetzung, die Hoffnung, Zwietracht unter den Bundesgenossen säen oder einen von ihnen durch verlockende Angebote auf seine Seite herüberziehen zu können, — man denke nur an Lord Cecils Wort im englischen Unterhause: Nicht Oesterreich-Ungarn, sondern Deutschland ist der Hauptfeind — alle diese Hoffnungen waren eitel, alle dafür aufgewandten Geldmittel umsonst vertan. Sie verflogen in nichts, wie der verwegene Versuch, die Süddeutschen gegen die Norddeutschen aufzuhetzen. Nun versuchen sie es mit neinem neuen Mittel: Mit dem Kampf gegen unsere Nerven.

An der Westfront suchen sie die Nerven unserer tapferen Helden durch Artilleriefeuer von nie auch nur geahnter Stärke, durch Gase und Gifte aller Art zu zerrütten, und unsere Nerven hier in der Heimat bearbeiten sie mit ihren Reden. Es ist auffällig, wie sich in den letzten Wochen die Reden und Ansprachen englischer Staatsmänner gehäuft haben. Wir sollen durch diese englischen Reden zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß England noch lange nicht am Ende seiner Kraft, daß es im Gegenteil noch wohl bereit und fähig ist, den Krieg bis ins Endlose fortzusetzen. Die Engländer wissen ganz genau, daß ihre Reden nicht nur in ihrem eigenen Lande gehört werden, sie wissen, daß ihre Worte weit hinausdringen zu den Neutralen und zu den Feinden. Und darum reden und reden sie nach dem bekannten Satze: Semper aliquid haeret, es bleibt doch immer etwas hängen. Die auffälligste und bemerkenswerteste Eigenschaft aller englischen Reden ist ihre Selbstsicherheit. Es klingt aus diesen Reden soviel Ueberzeugung der eigenen guten Sache, soviel Hoffnungsfreudigkeit, Sieghaftigkeit, daß den Zuhörern und Lesern sich unbedingt etwas davon mitteilen muß. Publikum und Presse in England unterstützen die Redner in ihrem Bestreben, und ihr Beifall und ihre Zustimmung unterstreichen und verdoppeln noch die Wirkung. Denn der Engländer weiß ganz genau in seinem fein ausgebildeten politischen Gefühl, wie sehr das Echo aus England in den anderen Ländern wirkt. Diese Selbstverständlichkeit der Ueberzeugung von der Gerechtigkeit und dem endgültigen Triumph ihrer Sache hat die Engländer zu dem gemacht, was sie heute sind.

Die englischen Staatsmänner verfolgen mit ihren Reden, die sie jetzt in geradezu verblüffend reichem Maße vom Stapel lassen, einen doppelten Zweck. Einmal wollten sie die sich immer mehr ausbreitende Friedenssehnsucht im eigenen Volke durch zuversichtliche Worte ersticken und das Volk zum weiteren Ausharren ermuntern, dann aber auch wollen sie, und nicht zuletzt, in den Ländern ihrer Feinde die Zahl der Kleinmütigen und Verdrießlichen vermehren. Sie rechnen damit, daß man in den feindlichen Ländern sich sagt, wenn jene so zuversichtlich und siegesgewiß reden, dann müssen sie doch auch guten Grund dazu haben. Sie rechnen mit der Unkenntnis des englischen Charakters bei den weitesten Kreisen der feindlichen Völker und suchen damit ihre Geschäfte zu machen. Darum ist es an uns auf der Hut zu sein. Lassen wir uns nicht verblüffen durch die Großspurigkeit und Großmäuligkeit eines Lloyd George eines Bonar Law oder eines Churchill. Behalten wir unsere Nerven und unseren klaren Blick. Halten wir uns an die Reden unserer eigenen verantwortlichen Staatsmänner und vor allen Dingen an Hindenburg und Ludendorff. Was sie uns sagen im Heeresbericht, das steht wie ein Fels. An dem ist nichts zu rütteln und zu deuteln. Daran müssen alle Schönfärbereien, Verdrehungen und Prahlereien unserer Feinde zu Schanden werden.

Es ist kein Zufall, daß diese Reden englischer Staatsmänner in der letzten Zeit sich so gehäuft haben. Wer dem Schwert und seiner Kraft vertraut, der redet nicht viel, der handelt. Das ist eben der tiefe Grund: England hat den Glauben an einen Waffenerfolg verloren und sucht jetzt mit Reden noch zu retten, was zu retten ist. Mit seinen Reden sucht England die Welt in den Glauben zu versetzen, daß es noch immer die Führung in der Hand hat. Mag die Welt ruhig glauben, daß Rußland, Frankreich, Italien und all die anderen aus dem edlen Bunde am Ende ihrer Kräfte sind. Das schert England nicht. Nur von England soll sie glauben, daß es dazu berufen ist, die durcheinander geratene Welt wieder zu ordnen. Darum werden die Völker des Verbandes und auch die Völker der Mittelmächte mit englischen Reden jetzt geradezu bombardiert. Die englische Selbstsicherheit, die englische Verstellungs- und Verdrehungskunst sollen unsere Nerven zermürben und auch uns zu dem Glauben bringen, daß England die Führung in der Welt hat. Wir sollen entmutigt werden durch den Gedanken, daß England noch lange nicht am Ende seiner Kraft ist und wir sollen durch diesen Gedanken dazu gebracht werden, den Kampf als aussichtslos aufzugeben. Wenn etwas uns in den Glauben bestärken kann, daß wir infolge unseres U-Bootkrieges, unserer erfolgreichen Offensive im Osten, unseres heldenhaften Widerstandes im Westen und auch infolge des Starkmutes unseres Volkes in der Heimat, England bald soweit haben, daß es nicht mehr kann, so ist es dieser Kampf gegen unsere Nerven, der wohl das verzweifelste Mittel Englands bedeutet, noch etwas zu retten. Aber wie die Helden an der Front und auf dem Meere, so wird auch die Heimarmee diesen Kampf siegreich bestehen.

Stadttheater Dortmund.

„John Gabriel Borkmann."

Schauspiel von Henrik Ibsen.

In einer von Herrn Oberspielleiter Wilhelm Maarenbrecher bewirkten sorgfältigen Neueinstudierung ging heute Abend zum ersten Male Ibsens tiefe und herbe Tragödie der ehrgeizigen Eifersucht und des frevelnden Größenwahns „John Gabriel Borkmann" in Szene. Da wir uns ein näheres Eingehen auf die Vorstellung heute versagen müssen, wollen wir nur kurz feststellen, daß das mäßig gefüllte Haus mit der Vorstellung durchaus zufrieden sein konnte und es auch war. Die in dem Stück beschäftigten alten und neuen Kräfte boten durchweg Glanzleistungen, so die Herren Binder, Ettel, Schubertfock und die Damen Gabrieli, Ganbly, Etten, Latwesen.

Lokales.

—: **Schleichhandel mit Mehl und Zucker.** Gegen den Bäckermeister Lagemann in der Hohensyburgstraße war Anzeige erstattet worden, daß er Schleichhandel mit Mehl treibe. Darauf wurde bei ihm eine polizeiliche Durchsuchung seines Betriebes vorgenommen und nichts Anstößiges gefunden. Auf eine weitere Anzeige erfolgte eine nochmalige Haussuchung und dabei fand die Polizei hinter einem Bretterverschlag außer einem Posten Weizenmehl drei Säcke und verschiedene Düten mit Zucker. Lagemann will bei dem ersten polizeilichen Besuch die Angabe dieses Lagers vergessen haben. Die von ihm nun gegebene Auskunft über die Herkunft der Waren entsprach nicht der Wahrheit. Die Polizei beschlagnahmte die gefundenen Waren; als sie aber einen Wagen geholt hatte, um das Mehl und den Zucker wegzubringen, war der Zucker verschwunden. Lagemann weigert sich, anzugeben, wohin er den Zucker verschoben hat. Die Wohlfahrtskommission hat daraufhin Lagemann, der bereits wegen Schleichhandels mit Auslandsseife zu Wucherpreisen mit einer Geldstrafe von 150 Mark belegt worden ist, als unzuverlässig in Bezug auf den Handel mit Lebensmitteln erklärt, ihm die Mehllieferung gesperrt und hat beantragt, daß ihm die Herstellung und der Verkauf von Backwaren verboten wird.

—: **Schleichhandel mit ausländischem Mehl.** — Bei dem Schleichhandel des Geflügelhändlers Otto Nieweg mit Mehl hat, soweit es sich übersehen läßt, die Stadt Dortmund nichts damit zu tun. Das Mehl ist von einem Holländer geliefert worden und im Schleichhandel für 480—500 Mark für den Doppelzentner von Nieweg verkauft worden. Der größte Teil des Mehls hat seinen Weg nach dem Rheinland (Elberfeld) gefunden. In Dortmund scheinen einige Privatpersonen in die Angelegenheit verwickelt zu sein. Nieweg befindet sich in Haft.

—: **Geheimschlächtereien.** — Wie uns mitgeteilt wird, sind bei dem Metzgermeister Max Winzel, Westerbleichstraße 32 insgesamt 25 geschlachtete Schweine sowie verschiedene Stücke Rind- und Kalbfleisch beschlagnahmt worden. Die Wohlfahrtskommission hat den Winzel als unzuverlässig in Bezug auf den Handel mit Lebensmitteln erklärt und ihm die Zuteilung von Fleisch gesperrt. — In der Geheimschlächterei des Schlossers Julius Blömcke, Goethestr. 14, sind 31 frisch geschlachtete Schweine beschlagnahmt worden. — Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit den beiden Geheimschlächtern und mit der Ermittelung der Personen, die mit ihnen in Verbindung gestanden haben.

—: **Feststellung der Herbstkartoffelernte.** Zur Sicherung der Kartoffelversorgung findet wiederum eine Erhebung der Spätkartoffelernte statt, diesmal in der Weise, daß alle Kartoffelerzeuger mit einer Anbaufläche von mehr als 200 Qum. schon während der Ernte ihren Ertrag fortlaufend feststellen und in eine Kartoffelliste eintragen, die bis 10. Oktober 1917, unter Umständen bis spätestens bis zum 20. Oktober 1917 an die Behörde zurückzugeben ist. Die Bekanntmachung im Anzeigenteil besagt das Nähere hierüber.

—: **Handelsuntersagung.** Auf polizeiliche Anordnung ist dem Zuckerwarenfabrikanten Wilhelm Lefarth zu Dortmund, Leopoldstraße 25, der Handel mit Lebensmitteln aller Art, insbesonders auch der Handel mit Zuckerwaren und ähnlichen Artikeln, wegen Unzuverlässigkeit inbezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt worden. — Der Ehefrau Wilhelmine Patsche zu Dortmund, Wambelerstraße 41, ist der Verkauf von Backwaren bis auf weiteres untersagt worden.

—: **Nußbaum- und Mahagoni-Holz.** Mit dem 15. Sept. 1917 ist eine Bekanntmachung Nr. H. II. 235/8. 17. K. R. A., betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Nußbaumholz und Mahagoniholz, in Kraft getreten. Diese Bekanntmachung bildet einen Nachtrag zu der Bekanntmachung betr. Beschlagnahme u. Bestandserhebung von Nußbaumholz u. stehenden Nußbäumen vom 15. 1. 1916, von der sie sich insofern unterscheidet, als nunmehr Nußbaumschnittholz in einer Mindeststärke von 5 Mm., einer Mindestlänge von 1 M. und einer Mindestbreite von 10 Ctm., sowie Nußbaumblöcke, aus denen die vorbezeichneten Nußbaumschnitthölzer gefertigt werden können, sowie Mahagonischnittholz in den gleichen Abmessungen und Mahagoniblöcke, aus denen solches Mahagonischnittholz gefertigt werden kann, einer Beschlagnahme und Meldepflicht unterworfen werden. Die frühere Bekanntmachung bleibt hinsichtlich der stehenden Walnußbäume in Kraft. Trotz der Beschlagnahme ist die Lieferung und Verarbeitung der von ihr betroffenen Gegenstände zur Herstellung von Luftschrauben zwecks Erfüllung von Aufträgen der Heeresverwaltung gegen vorgeschriebene Belegscheine gestattet. Ferner können beschlagnahmte Gegenstände durch die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums freigegeben werden, sofern auf Grund eines vorgeschriebenen Gutachtens feststeht, daß die betreffenden Hölzer zur Anfertigung von Gewehrschäften oder zum Gebrauch von Luftschrauben und Flugzeugen ungeeignet sind. Von der Meldepflicht werden ländliche Besitzer und Gartenbesitzer nur betroffen, sofern sie beschlagnahmte Gegenstände aus Anlaß ihres Handels- oder Gewerbebetriebes im Gewahrsam haben. Außerdem schreibt die Bekanntmachung eine Lagerbuchführung vor. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung, deren Veröffentlichung in der üblichen Weise durch Anschlag und Abdruck in den amtlichen Tageszeitungen erfolgt. Der Wortlaut der Bekanntmachung kann ferner bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden eingesehen werden.

—: **Alle Zurückstellungen in der Landwirtschaft** erreichen mit Ende September 1917 ihr Ende, auch wenn sie für einen längeren Zeitraum ausgesprochen sind. Anträge auf Zurückstellungen über diesen Termin hinaus sind, soweit dies nicht in den letzten 4 Wochen bereits geschehen ist, sofort bei dem zuständigen Amt oder Bürgermeisteramt einzureichen, das sie an die zuständige Kriegswirtschaftsstelle weitergibt. In Zukunft sind die Reklamationen der Landwirte stets 4 Wochen vor Ablauf der Zurückstellungsfrist bei dem Amt oder Bürgermeisteramt zu erneuern. Jeder nicht ausdrücklich in der Landwirtschaft zurückgestellte Wehrpflichtige, gleichgültig welchen Alters und welches Grades der Verwendungsfähigkeit, hat seine Einberufung zu erwarten.

—: **Größte Sorgfalt in der Aufschrift und Verpackung der Postpakete** wird von neuem dringend empfohlen, um Absender und Empfänger vor Schaden zu bewahren. Unbedingt erforderlich ist, den Bestimmungsort der Pakete sorgfältig und deutlich mit hervortretenden Schriftzeichen niederzuschreiben und zu unterstreichen. Es empfiehlt sich ferner, daß die Absender in den Paketaufschriften nicht nur die amtliche Bezeichnung der Postorte angeben, sondern — abgesehen von den Orten mit dem Sitz einer Ober-Postdirektion und sonstigen allgemein bekannten großen Städten — auch zusätzliche Bezeichnungen (Ober-Postdirektionsbezirk oder Kreis, Provinz, Bundesstaat, Fluß, Gebirge oder dgl.) hinzufügen, um den jetzt im Verteilungsdienst beschäftigten wenig geübten Hilfskräften die richtige Leitung zu erleichtern. Viel zu klagen ist über die ungenügende Verpackung der Pakete. Täglich kommen bei den Postanstalten Hunderte, ja Tausende von Paketen mit so schadhafter Verpackung vor, daß der Inhalt bloßgelegt ist und neu verpackt werden muß. Im eigenen Vorteil der Postbenutzer liegt es, die Pakete unter Verwendung guter und ausreichender Zutaten entsprechend der Beförderungsstrecke, dem Umfange der Sendung und der Beschaffenheit des Inhalts recht haltbar und sichernd zu fertigen. Dabei muß stets ein Doppel der Aufschrift oben auf den Inhalt des Pakets gelegt werden, damit dieses auch dann dem Empfänger zugeführt werden kann, wenn die Aufschrift abgefallen ist.

—: **Das Betreten der Aecker, Wiesen, Weiden, Gärten, Baumanpflanzungen sowie von Feldwegen** während der Nachtstunden ist durch eine neue Polizei-Verordnung der hiesigen Polizei-Verwaltung unter Strafe gestellt. Um einen genügenden Schutz der Ernte zu gewährleisten, wird die Verordnung streng durchgeführt werden. Wir empfehlen daher jedermann, sich in eigenem Interesse mit ihr genau vertraut zu machen und sie zu beachten.

—: **Im Fredenbaum-Park** finden morgen Sonntag von 3 Uhr ab große Konzerte der Hubert- und Witek'schen Kapellen statt. Keine Stadt der Provinz Westfalen kann ein derartiges Etablissement aufweisen, wie es gerade der Fredenbaum in seiner Eigenart ist: von nah und fern kommen die Gäste, um die interessanten Sehenswürdigkeiten in Augenschein zu nehmen und sich bei gutem Konzert und tadellosem Kaffee zu erholen. Augenblicklich sieht die Kriegsausstellung viele auswärtige Besucher in ihren Räumen, die nach der Besichtigung gern den Vergnügungspark aufsuchen, um die Gebirgsbahn, Wasserportbahn, Rodelbahn usw. kennen zu lernen. Besonderen Beifall findet selbstverständlich der Riesen-Leucht-Springbrunnen, der stets bei allen Zuschauern die größte Bewunderung auslöst.

—: **Einbruchsdiebstahl.** Am Donnerstag Mittag suchten Diebe die Schneiderwerkstatt von Ewald Schnippering, Hoher Wall 23 auf und stahlen einen großen Posten fertiger und zu bearbeitender Kleidungsstücke im Werte von rund 2000 Mark. Man will beobachtet haben, daß sich in der fraglichen Zeit, in der Meister und Gesellen sich zum Mittagessen entfernt hatten, ein Mann und eine Frau in der Schneiderwerkstatt zu schaffen gemacht und Anzüge in einem Schließkorb gepackt haben. Jedenfalls ist das Diebespaar mit den Verhältnissen recht vertraut gewesen und hat sich zur Ausführung des Diebstahls eine Zeit ausgesucht, in der es nicht gestört wurde. Der Bestohlene ist in eine mißliche Lage seiner Kundschaft gegenüber gekommen. Hoffentlich werden Bezugsscheine gewährt, um die Kundschaft, wenn auch verspätet, befriedigen zu können, falls es nicht gelingt, die Diebe baldigst zu erwischen und ihnen die wertvolle Beute abzunehmen. Sch. ist zu seinem Glück gegen Einbruchsdiebstahl versichert.

—: **Sonntags- und Nachtdienst der Apotheken.** Folgende Dortmunder Apotheken sind am Sonntag, den 16. September von 1 Uhr mittags ab geöffnet: Kronen-Apotheke, F. Funcke, Hohestr. 12, Fernsprecher 3132. Schwanen-Apotheke, A. Funcke, Westenhellweg 24, Fernspr. 3373. Hermann-Apotheke, B. Hermann, Schützenstr. 16, Fernspr. 1334. Glückauf-Apotheke, A. Krause, Münsterstr. 43, Fernspr. 930. Victoria-Apotheke, H. Michels, Weißenburgerstr. 39, Fernspr. 3048. Falken-Apotheke, J. Gaebert, Rheinischestr. 110, Fernspr. 3655. Diese Apotheken versehen auch den Nacht-Apothekendienst vom 16. Sept. bis einschl. 22. Sept. von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr.

—: **Für die Eisenbahner.** Am morgigen Sonntag, den 16. Sept. nachmittags 4½ Uhr findet im großen Saale des „Reinoldushofes" eine allgemeine Eisenbahner-Versammlung statt. Herr Generalsekretär Riedel-Berlin, welcher als ein bedeutender Redner bekannt ist, wird das Thema behandeln: „Die Eisenbahner im Krieg und in der Zukunft." Alle Eisenbahner mit ihren erwachsenen Angehörigen haben freien Zutritt.

- **Brackel,** 18. Sept. Die Ausgabe der Mahlkarten für den Monat Oktober cr. findet im Saale der Wirtschaft Wortmann vormittags von 8—11 Uhr wie folgt statt: Asseln, Donnerstag, 30. Sept.; Brackel, Freitag, 31. Sept.; Wambel und Wickede, Sonnabend, 23. Sept.; Kurl, Grevel, Husen und Lanstrop, Dienstag, 25. Sept. Wer obige Termine versäumt hat, kann seine Mahlkarte am Dienstag, den 2. Oktober vormittags von 8—11 Uhr abholen. An andern Tagen findet die Ausfertigung der Mahlkarten unter keinen Umständen statt. Die Selbstversorger sind verpflichtet, etwaige Veränderungen in der Zahl der Selbstversorger spätestens im Termin anzubringen. Die Wirtschaftskarte und der Lebensmittelausweis müssen vorgelegt werden.

Spielplan des Dortmunder Stadttheaters.

Von Sonntag, 16. Sept. bis Sonntag, 23. Sept.

Sonntag, den 16. Sept. 7,30—10,30 Uhr. Zum 30. Male: **Polenblut.** Operette in 3 Bildern von Oskar Nedbal.

Montag, den 1. September. 8—10,45 Uhr. Einheitspreis (60 Pfg.) **Flachsmann als Erzieher.** Komödie in 3 Aufzügen von Otto Ernst. Sämtliche Eintrittskarten vergeben. An diesem Tage bleibt die Vorverkaufskasse nachmittags geschlossen.

Dienstag, den 18. September, 7,30—10 Uhr. Opernpreise. Neu eingeübt. Zum 1. Male. **Die weiße Dame.** Komische Oper in 3 Aufzügen von François Adrien Boieldieu.

Mittwoch, den 19. September 7,30—9,45 Uhr. Schauspielpreise. Neuheit. Zuem 3. Male. **„Wie fessle ich meinen Mann?** Ein fröhliches, eheliches Kampfspiel in 3 Akten von Hans Sturm.

Donnerstag, den 20. September. 7,30—10,30 Uhr. Gastspielpreise. Einmaliges Gastspiel. Lo Hesse und Joachim von Seewitz. **Künstlerische Tänze.** Vorher: **Die Verlobung bei der Laterne.** Operette in 1 Akt von J. Offenbach. Zum Schluß: **Die schöne Galathee.** Komisch-mythologische Oper in 1 Akt von Franz von Suppe. Der Vorverkauf zu dieser Vorstellung begann Donnerstag, den 13. Sept.

Freitag, den 21. Sept. 7,30—9,45 Uhr. Schauspielpreise. Neuheit. Zum 4. Male. **Wie fessle ich meinen Mann?** Ein fröhliches, eheliches Kampfspiel in 3 Akten von Hans Sturm.

Sonnabend, den 22. Sept. 7,30—10,30 Uhr. Opernpreise. Zum 31. Male. **Polenblut.** Operette in 3 Bildern von Oskar Nedbal.

Sonntag, den 23. September. Opernpreise. **Der Troubadour.** Oper in 4 Aufzügen von Guiseppe Verdi.

Humoristisches.

Aus der „Jugend".

Riga.

Wer hat Riga genommen? — Der Hauptausschuß??
Ein parlamentarischer Mehrheitsbeschluß??
Ein abgeordneter Leisetreter?
Ein ungeduld'ger Verzichttrompeter?
Es nahm es ein Held mit ehernem Schritt!
Ein Adler fliegt ihm zu Häupten mit.
Folgt, Brüder, dem Adler durch Stock und Stein
Und seht Euch nicht um, wenn die Spatzen schrei'n!

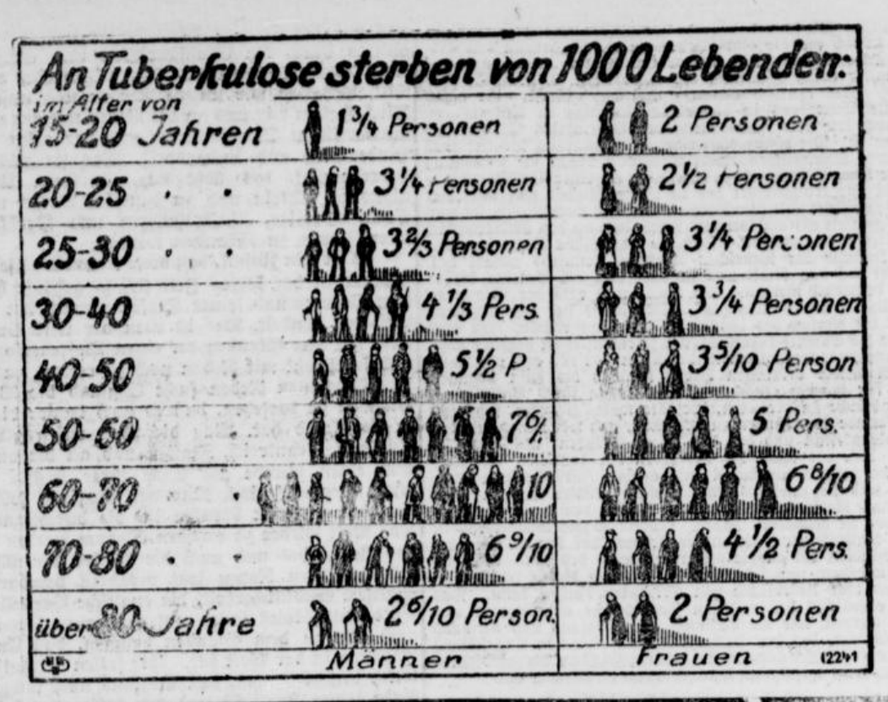
Ein nervöser Arzt, der, wie die meisten seiner Standesgenossen, eine ganz unleserliche Handschrift hat, schrieb auf einem Rezeptzettel seiner musikalischen Nachbarin, sie möchte das Klavierspiel wenigstens nach zehn Uhr abends einstellen. Dem Fräulein gelang es leider nicht, diese Mitteilung zu entziffern, dahingegen, oder vielleicht gerade deshalb, verstand es deren Neffe, sich beim Lebensmittelamt auf Grund dieses „ärztlichen Attestes" allerlei Zusatzmarken zu erwirken. Heute noch wundert sich der nervöse Mediziner über die Unhöflichkeit seiner Nachbarin.

Aus dem „Brummer".

Boshafer Rat. Mieter: Wenn doch ein Klavier im Hause wäre, daß ich meine Uebungen fortsetzen könnte! Die Hälfte habe ich in diesen vier Wochen verlernt, aber was soll ich tun? Hausherr: Bleiben Sie noch vier Wochen hier!

Der Abergläubige. Sie: Am 13. d. M. kommt meine Mutter auf eine Woche zu Besuch! — Er: Wieder einmal ein Beweis, daß 13 eine Unglückszahl ist!

Wie's gewünscht wird. Neulich besichtigte der kommandierende General unser Depot. „Wie haben Sie mich anzureden?" forschte er einen Rekruten aus. — „Herr Exzellenz lautete die Antwort. — „Es heißt nicht Herr Exzellenz, sondern bloß Exzellenz, — also was bin ich?" — „Bloß Exzellenz."



Feinfühlig. Vorsitzender: Und nun sagen Sie uns noch, Angeklagter, warum Sie nur Waren nahmen, — die volle Kasse aber unberührt ließen? — Angeklagter: Ach, Herr Präsident, — nun halten Sie mir das auch noch vor!

Mieter: Herr Meier, ich muß mich beschweren — ich hab' den ganzen Keller voll Wasser. — Hauswirt: Na, was is denn? Für Ihre tausend Mark Miete können Sie doch nicht einen Keller voll Champagner verlangen.

Bekanntmachung.

über Feststellung der Herbstkartoffelernte 1917.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1917 (R. G. Bl. S. 569) und der dazu ergangenen Ausführungsanweisung der Reichskartoffelstelle vom 1. September 1917 soll die Feststellung der diesjährigen Herbstkartoffelernte durch eine in Verbindung mit der Ernteschätzung vorzunehmenden besondere Erhebung erfolgen.

Zur Durchführung dieser Erhebung wird für den Stadtkreis Dortmund angeordnet, daß jeder Kartoffelerzeuger mit einer Spätkartoffelanbaufläche von mehr als 200 qm schon während der Ernte und zwar ab 15. September d. Js. das Gewicht der geernteten Menge fortlaufend täglich feststellt und in eine Kartoffelliste einträgt, die der Nachprüfung durch die Behörde oder deren Beauftragte unterliegt.

Die vor dem 15. September geernteten Mengen Spätkartoffeln sind in einer Summe in die Liste einzutragen.

Vordrucke für diese Kartoffelliste sind vom

15. September d. Js. ab

bei der zuständigen Bezirksausgabestelle in Empfang zu nehmen, sorgfältig auszufüllen und mit Unterschrift des Kartoffelerzeugers versehen

bis zum 10. Oktober d. Js.

bei derjenigen Bezirksausgabestelle wieder abzuliefern, wo die Vordrucke in Empfang genommen worden waren.

Wer bis zu diesem Tage die Aberntung noch nicht völlig vorgenommen hat, muß die ausgefüllten Vordrucke sofort nach beendeter Ernte spätestens bis zum

20. Oktober d. Js.

einreichen. Nach beendeter Ernte wird eine Nachprüfung der angegebenen Erntemengen durch Beauftragte des Magistrats stattfinden.

Die Kartoffelerzeuger und deren Stellvertreter sind verpflichtet, den Beauftragten auf Erfordern jede zur Ermittelung dienliche Auskunft zu erteilen, insbesondere das Betreten von Räume und die Vornahme von Proberodungen zu gestatten.

Zur Führung der Kartoffellisten sind auch diejenigen verpflichtet, die bestelltes Kartoffelland zur Aberntung erworben haben.

Nach Paragraph 17 der oben genannten Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1917 wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, wer den auf die Ernteerhebung bezüglichen Bestimmungen zuwiderhandelt, insbesondere, wer die Auskunft, zu der er verpflichtet ist, nicht erteilt, wer wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wer den Zutritt zu seinen Räumen, Besichtigungen oder Proberodungen verweigert.

Der Magistrat.

7. Armeekorps.
Stellvertr. Generalkommando.
Abt. Ic R Nr. 49500.

Münster, den 15. September 1917.

Am 15. September 1917 ist unter Ic R 49500 (Nr. H. II. 235/8. 17 KRA.) eine Nachtragsbekanntmachung erschienen betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Nußbaum- und Mahagoniholz. Die Nachtragsbekanntmachung ist durch Anschlag veröffentlicht und kann auch bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden eingesehen werden.

1839 **Stellvertr. Generalkommando 7. Armeekorps.**

Polizei-Verordnung

betr. Verbot des Betretens der Feldmark und von Feldwegen zum Schutze der Ernte im Stadtkreise Dortmund.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 7 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265 ff.) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli, 1883 (G. S. S. 193 ff.) wird mit Zustimmung der Gemeindevertretung für den Umfang des Stadtkreises Dortmund folgende Polizeiverordnung erlassen.

§ 1.

Das Betreten der Feldmark (Aecker, Wiesen, Weiden, Gärten, Baumanpflanzungen, Waldgrundstücke) sowie von Feldwegen ist bis einschl. 15. Sept. 1917 von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens und vom 6. Sept. 1917 bis einschl. 31. Oktober 1917 von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens jedermann, auch dem Eigentümer, Pächter oder Nutznießer, verboten.

§ 2.

Die Bestimmung unter 1 findet keine Anwendung auf:

a) die mit dem Sicherheitsdienst und dem Flur- und Forstschutz betrauten Personen während der Ausübung des Dienstes,

b) Aerzte, Hebammen, Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, soweit das Betreten von Feldwegen zur Ausübung des Berufes erforderlich ist,

c) solche Personen, welchen von der Ortspolizeibehörde das Betreten der Feldmark und von Feldwegen während der im § 1 angegebenen Zeiten ausdrücklich gestattet ist. Die Erlaubnis ist schriftlich zu erteilen und muß von dem Inhaber bei sich geführt werden.

§ 3.

Zuwiderhandlungen gegen diese Polizei-Verordnung werden mit Geldstrafe bis 30 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft, sofern nicht andere Bestimmungen, insbesondere die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos VII. Armeekorps vom 28. Juli 1917 — Abt. I b Nr. 5223 — eine andere Bestrafung vorsehen.

§ 4.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft. Gleichzeitig wird die Polizeiverordnung vom 17. Juli 1917, den gleichen Gegenstand betreffend, hiermit aufgehoben.

Dortmund, den 13. Sept. 1917.

Die Polizei-Verwaltung.
Eichhoff,
Oberbürgermeister.

Kohlenversorgung

gewerblicher Verbraucher.

Für die Brennstoffversorgung gewerblicher Verbraucher mit einem Monatsbedarf von 10 T. (200 Ztr.) und mehr ist es von größter Wichtigkeit, daß sie die durch die Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 8. August 1917 (Reichsanzeiger Nr. 192) geforderten Meldungen in der Zeit vom 1. bis 15. September 1917 genau und rechtzeitig an die vorgeschriebenen Stellen erstatten. Wer die Meldekarten nicht rechtzeitig abliefert, hat keine Aussicht, im Oktober beliefert zu werden, weil die Karten als Grundlage für die Kohlenverteilung dienen werden.

Zwischenlieferer (Händler) haben auf unverzügliche Weitergabe der Meldekarten (§ 6 der Bekanntmachung vom 17. 6. 17 Reichsanzeiger Nr. 145) an ihre Vorlieferer besonders zu achten. Saumselige Weitergabe hat zur Folge haben, daß Zuweisungen der betreffenden Mengen nicht möglich ist. Händler nehmen zweckmäßig Abschriften der Karte zu ihren Akten mit einem genauen Vermerk, welche Verbrauchergruppe der melden Verbraucher angehört.

Annahme der Meldekarten darf von dem bisherigen Lieferer nicht verweigert werden. Wenn ein bisheriger Lieferer die Annahme der Meldekarten trotzdem verweigert, oder wenn ein neu eröffneter Betrieb keinen Lieferer zur Annahme seiner Meldekarten bereit findet, so ist neben der ohnehin für den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin bestimmten Meldekarte die für den Lieferer bestimmte Meldekarte dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin mit einem besonderen Begleitschreiben einzusenden, in welchem angegeben ist, aus welchem Grunde die Meldekarte nicht an einen Lieferer gegeben wurde und welcher Lieferer vorgeschlagen wird.

Meldungen derselben Bedarfsmengen bei mehreren Lieferern sind verboten und werden bestraft.

Falls ein Lieferer (Händler) die in einer Meldekarte aufgeführten Brennstoffe von mehreren Vorlieferern bezieht, so gibt er nicht die urschriftliche Meldekarte weiter, sondern verteilt deren Inhalt auf neue Meldekarten, die an die einzelnen Vorlieferer weiterzugeben sind. Die Mengen der neuen Meldekarten dürfen zusammen nicht mehr ergeben, als die urschriftliche Karte. Jede neue Meldekarte hat:

1. die auf diese Karte entfallende Menge sowie
2. in einer Gesamtsumme, die auf andere Karten verteilte Restmenge der urschriftlichen Karte zu enthalten. Die neuen Meldekarten sind mit dem Vermerk „Aufgeteilt" und dem Namen derjenigen Firma zu versehen, die aufgeteilt hat. Die urschriftliche Karte ist sorgfältig aufzubewahren.

Zu Absatz 1 der auf den Meldekarten befindlichen „Anleitung für die Ausfüllung der Meldekarten" wird bemerkt, daß die dort verlangte Gesamtsumme nicht nur für die Bestellung (Spalte 8 und 9), sondern auch für Zufuhr, Bestand und Verbrauch (Spalte 5, 6, 7) angegeben werden muß.

Für ausländische Kohle sind gesonderte Meldekarten einzureichen. In diesem Falle sendet der Verbraucher sowohl die für den Reichskommissar für Kohlenverteilung als auch die für den Lieferer vorgesehene Meldekarte zusammen in einem mit der Aufschrift „Auslandskohle" versehenen Umschlag an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin.

Andere Vermerke und Mitteilungen auf den Karten als die verlangten sind zwecklos und zu vermeiden.

Abgesehen von rechtzeitiger Meldung der Verbraucher wird die glatte Durchführung der vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung auf Grund der Meldungen geplanten Kohlenversorgung von der Gewandheit und der Schnelligkeit der Arbeit des Handels abhängen. Es wird Sache des Handels sein, zu beweisen, daß er den Anforderungen gewachsen ist.

Es wird gebeten, die vorstehenden Ausführungen durch Weitergabe an Händler, Verbraucher und besonders auch an die dortige Presse möglichst zu verbreiten.

Berlin, 27. August 1917.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Die angezogene Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 8. 8. d. Js. ist durch die Ortskohlenstelle am 27. 8. d. Js. und die angezogene Bekanntmachung vom 17. 6. d. Js. unter 28. 6. d. Js. durch mich veröffentlicht worden.

Dortmund, den 10. 9. 1917. 181

Der Oberbürgermeister.

Ausstellung von Neuheiten

in

Damen- u. Kinder-Konfektion, Putz,

Herren- und Knaben-Bekleidung

in unseren Schaufenstern
und Innenräumen.

Reichhaltigste Auswahl für jeden Geschmack in allen Preislagen.

Meyer & Günther

Dortmund — Steinplatz

Fernruf 3255. 184

Do

Erscheint
mit Ausnahme der Son
Abonneme
ei ins Haus, 85 Pfg. pro
vgen für 3 Monate 2,40 M
Nr. 2
pronsdruck und Verla
verantwortlich: Viktor

Nr. 218.

En

Das A

Weitere

WTB. Berlin,
chen Ozean, in
Nordsee wurden durch
pfer und ein Segler mi
Darunter die bewa
(7884 To.) und Roa
ladung, eine U-Bootsfa
ners, die mit 2 Geschü
discher Flagge fuhr.
Kapitän gefangen geno

Bulga

WTB. Sofia, 1
16. 9. Mazedonische
schiedenen Frontpunkte
suchte eine englische
wurde aber durch unser
Abschnitten Fliegertäti
Rumänische Front
lerietätigkeit.

Der

WTB. Konstan
Bericht vom 16. Se
Garnbrücke Gefechte
Oestlich Rawanduz w
folge unserer Truppe
zwei nördlich Baba Ke
vertrieben. Es wurden
schinengewehre und K
Kaukasus-Front:
eine feindliche Kompa
len, sie wurde nach
An anderen Stellen
ladron und 2 Maschi
Dem Feinde gelang es
in unsere erste Linie
Gegenangriff zurückge
Sinai-Front: M
illerie die südlich von
sere Patrouille von B
de begonnenen Brunn

Die

WTB. Italienisc
Gestern gewann
die tapfere Brigade S
Gelände gegen den
17 Offiziere und 400
lete mehrere Maschi
penansammlungen in
San Gabriele wurden
ungefähr 2½ Tonn
WTB. Englis
abends::
Erfolgreiche Erk
Nachmittage von eine
verneß Course ausge
wurde unter geringe
erobert, 36 Gefange
gebracht. Am Nachm
ham erfolgreich feind
sie 22 Gefangene m
heute früh morgens
des bei Neuve Cha
abgeschlagen. Die T
und Verwundete in
Streifabteilung, die
Armentieres einzud
rückzuziehen, ohne d
ten.
WTB. Franz
nachmittags:
Nordwestlich Re
des Feindes auf u
Pfefferrückens in un
Teilkämpfe im Abs
des. Keine Infante
der Front ruhige N

Der po

T. U. Puda p
Aus Wien: In unter
daß die geschäftsfüh
polnischen Staatsrat
tats des Fürsten L
und Herrn v. Osz
Der Vorsitz des N
Lubomirski zufallen
sämtlich aus Kongr